



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Altersteilzeit: Alles
über den Abschluss**

LEBEN

SEITE 20

**Steuererklärung:
Pflicht für Rentner**

ARBEIT

SEITE 24

**Jobsuche: Tipps
für die Bewerbung**

BEZIRK

SEITE 28



**Azubi-Corsa zu
gewinnen**

Weitere Infos und
Teilnahmebedingungen
auf den Seiten 3
und Seite 23.



THEMEN IM HEFT



Foto: diebandbreite.de

»Es geht um mehr«

Die Rapper Marcel Wojnarowicz (»Woyna«) und Torben Pape aus Duisburg haben einen fetzigen Song zur Tarifrunde gemacht (mehr auf Seite 11). Beide sind IG Metall-Mitglieder. Mit ihrem Song kann sich jeder schon mal auf die Tarifrunde einstellen. Die Verhandlungen starten am 2. Oktober. Den Anfang macht Hessen. Schon am 31. Oktober endet die Friedenspflicht. Anfang November könnte es Aktionen und Warnstreiks geben, wenn die Arbeitgeber bis dahin nichts Ordentliches bieten. IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer dringt auf einen schnellen Abschluss. »Deutlich vor Weihnachten« soll es ein Ergebnis geben. **SEITE 10 BIS 13**



Foto: Alexandra Umbach / fotogenturruhr.de

Bildungsgipfel in Berlin

Menschen ohne Schulabschluss haben keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daran wird auch der Bildungsgipfel nichts ändern. **SEITE 6**



Foto: Sascha Rheker / atterzone-photo.com

VAC: Abschluss dank Streik

Nach sechs Streiktagen bei Vacuumschmelze hat die Geschäftsführung eingelenkt und tritt wieder dem Flächentarifvertrag bei. **SEITE 14-15**



Foto: Matthias Jung

Aufsichtsrätin Sabine Leisten

Aufsichtsrätin, Ingenieurin, Metallerin und Mutter – Sabine Leisten beschreibt ihre Leidenschaft, sich einzusetzen. **SEITE 17**

Anzeige

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

POLITIK



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über den Führungswechsel bei der SPD.

Foto: Gaby Gerster

Gute Politik für Metaller – daran messen wir Parteien

Ob bei Leiharbeit, vorzeitigem Ausstieg Älterer oder auch bei der Rente: Die Politiker sind gefordert.

Der plötzliche Führungswechsel bei der SPD hat alle überrascht. Dennoch gilt: Die IG Metall bewertet die Politik an Inhalten. Wir pflegen als Einheitsgewerkschaft Kontakte zu allen demokratischen Parteien. Politische Entscheidungen müssen im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getroffen werden. Es war deshalb richtig, dass die SPD unter Kurt Beck den unsinnigen Glaubenskrieg um die »Agenda 2010« beendet hat. Es ist doch völlig egal, mit welcher Absicht auch immer vor fünf Jahren beispielsweise die alten Regeln für die Leiharbeit beseitigt wurden. Heutzutage wird Leiharbeit zu massenhaftem Lohndumping und zur Spaltung von Belegschaften missbraucht.

Die IG Metall hält mit ihrer Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« und mit guten Vereinbarungen in den Betrieben dagegen. Wir erwarten von der Politik, dass sie ihren Beitrag zur Eindämmung der Leiharbeit leistet. An solchen und anderen

Fragen werden wir die Parteien messen – auch die neue Führung der SPD.

Gefordert ist die Politik auch beim vorzeitigen Altersausstieg. Wir haben vor wenigen Wochen einen Tarifvertrag zur neuen Altersteilzeit durchgesetzt. Jetzt müssen sich die Parteien für eine Förderung des differenzierten Ausstiegs durch die Bundesagentur für Arbeit stark machen – auch nach 2010. Die Einheitsrente mit 67 ist und bleibt der falsche Weg!

Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen haben sich deshalb an den Aktionen für einen Tarifvertrag zur neuen Altersteilzeit beteiligt. Nur so haben wir das gute Ergebnis durchgesetzt. Bei der anstehenden Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie werden wir diese Erfahrung beherzigen. Auch dort werden wir massenhaft für unsere Forderung mobilisieren. Dieses Mega-Tarifjahr ist bisher gut verlaufen. Jetzt wollen und werden wir auch die wichtigste Tarifbewegung mit einem guten Ergebnis abschließen.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Altersteilzeit**
Ab 2010 haben alle mehr Einkommen.
- 5 **IG Metall und CDU**
Treffen zwischen Huber und der Bundeskanzlerin.
- 6 **Bildungsgipfel**
Gibt's in Berlin wieder nur leere Versprechungen?
- 7 **Menschenwürdige Arbeit**
Weltweiter Aktionstag will Löhne, die zum Leben reichen.
- 8 **Interview**
Nikolaus Simon über Angriffe auf die Mitbestimmung.
- 9 **Continental AG**
Zusagen und Sicherheit für die Beschäftigten.

TITEL

- 10 **Metall-Tarifrunde**
Die Beschäftigten wollen dieses Mal viel – und Experten finden: Sie haben Recht.

REPORTAGE

- 14 **Vacuumschmelze in Hanau**
Wer sich wehrt, erreicht was. Die VAC ist zurück im Tarif.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Aufsichtsratsmitglied Sabine Leisten aus Hilchenbach.

- 18 **Recht so**
Arbeit und Religion: Muss der Chef alles tolerieren?
- 18 **Service für Mitglieder**
Diskussion über die betriebliche Vorsorge.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Zwei Jahre nach Gründung des SAP-Betriebsrats.
- 20 **Laut und Leise**
Neuer Film: Metaller im Widerstand.
- 20 **Guter Rat**
Steuererklärung ist auch für viele Rentner Pflicht.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Betriebsrat kämpft zwei Jahre für Leiharbeiternehmer.
- 23 **Produkt des Monats**
Opel-Azubis bauen einen tollen Corsa.
- 24 **Tipps für den Job**
Die virtuelle Bewerbung
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Der Stromfresser hängt an der Wohnzimmerwand.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Ottmar Schreiner kritisiert die Gerechtigkeitslücke.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Tarifbewegung

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

Azubi-Corsa zu gewinnen



Foto: Opel

Azubi-Corsa »Limited Edition« zu gewinnen

Azubis bei Opel entwarfen ihren eigenen Corsa »Limited Edition«. 1000 Stück wurden gebaut. Ein Exemplar gibt es zu gewinnen. **SEITE 23**

ALTERSTEILZEIT

Ab 2010 haben alle mehr Einkommen

Arbeitgeber und Regierungspolitiker arbeiten seit einiger Zeit emsig daran, die »Frühverrentung« zu stoppen. Der IG Metall gelang es, mit ihrem neuen »Tarifvertrag für den flexiblen Übergang in die Rente« ein Zeichen dagegen zu setzen: Auch künftig können Menschen vor der regulären Rente aufhören zu arbeiten. Die Altersteilzeiter bekommen sogar künftig mehr Geld.

Wege in die Altersteilzeit ab 2010

Anspruch	Freiwillige Betriebsvereinbarungen bestehen schon		... werden neu geschlossen		Es kommt keine Betriebsvereinbarung zustande. Dann besteht ein individueller Anspruch ... für »Belastete«		... allgemein	
	In der Regel 5 % der Belegschaft	In der Regel 4 % der Belegschaft	In der Regel 5 % der Belegschaft	In der Regel 4 % der Belegschaft	2,5 % der Belegschaft innerhalb der 4 %-Quote	Die übrigen 1,5 %. Wenn keine oder weniger als 2,5 »Belastete« im Betrieb sind, max. 2,5 % der Belegschaft	2,5 % der Belegschaft innerhalb der 4 %-Quote	Die übrigen 1,5 %. Wenn keine oder weniger als 2,5 »Belastete« im Betrieb sind, max. 2,5 % der Belegschaft
Besonderheiten	Sie können über 2009 hinaus unverändert weiter bestehen. Nettoentgelt in der Altersteilzeit: 82 % des vorherigen Brutto	Sie können wie die bisherigen geschlossen werden. Unterschied: Nettoentgelt in der Altersteilzeit: untere Entgeltgruppen 89 % des vorherigen Netto, obere: 85 %, Durchschnitt 87 %	Sie können wie die bisherigen geschlossen werden. Unterschied: Nettoentgelt in der Altersteilzeit: untere Entgeltgruppen 89 % des vorherigen Netto, obere: 85 %, Durchschnitt 87 %	Sie können wie die bisherigen geschlossen werden. Unterschied: Nettoentgelt in der Altersteilzeit: untere Entgeltgruppen 89 % des vorherigen Netto, obere: 85 %, Durchschnitt 87 %	»Belastet« ist, wer in den letzten 12 Jahren mindestens 9 Jahre in 3 Schichten gearbeitet hat, ... »besonders starken Umgebungseinflüssen« ausgesetzt ist (wie Lärm, Hitze) oder ... in den letzten 15 Jahren mindestens 12 Wechselschichten gearbeitet hat.	Den individuellen Anspruch haben alle nicht »belasteten« Arbeiter und Angestellte im Rahmen der Quote (siehe oben)	»Belastet« ist, wer in den letzten 12 Jahren mindestens 9 Jahre in 3 Schichten gearbeitet hat, ... »besonders starken Umgebungseinflüssen« ausgesetzt ist (wie Lärm, Hitze) oder ... in den letzten 15 Jahren mindestens 12 Wechselschichten gearbeitet hat.	Den individuellen Anspruch haben alle nicht »belasteten« Arbeiter und Angestellte im Rahmen der Quote (siehe oben)
Dauer	Dauer, Beginn und Ende werden betrieblich festgelegt	Dauer, Beginn und Ende werden betrieblich festgelegt	Dauer, Beginn und Ende werden betrieblich festgelegt	Dauer, Beginn und Ende werden betrieblich festgelegt	Bis 6 Jahre verblockte Altersteilzeit, derzeit frühestens ab 57 Jahre (3 Jahre arbeiten, 3 Jahre freigestellt)	Bis 4 Jahre verblockte Altersteilzeit, endend mit der abschlagfreien Rente, derzeit frühestens ab 61 Jahre (2 Jahre arbeiten, 2 Jahre freigestellt)	Bis 6 Jahre verblockte Altersteilzeit, derzeit frühestens ab 57 Jahre (3 Jahre arbeiten, 3 Jahre freigestellt)	Bis 4 Jahre verblockte Altersteilzeit, endend mit der abschlagfreien Rente, derzeit frühestens ab 61 Jahre (2 Jahre arbeiten, 2 Jahre freigestellt)
Abfindung	Je nach bisheriger betrieblicher Vereinbarung	Scheidet ein Arbeitnehmer auf Wunsch des Arbeitgebers vor abschlagfreier Rente aus, kann er für jeden Monat 250 Euro Abfindung erhalten, max. für 24 Monate	Scheidet ein Arbeitnehmer auf Wunsch des Arbeitgebers vor abschlagfreier Rente aus, kann er für jeden Monat 250 Euro Abfindung erhalten, max. für 24 Monate	Scheidet ein Arbeitnehmer auf Wunsch des Arbeitgebers vor abschlagfreier Rente aus, kann er für jeden Monat 250 Euro Abfindung erhalten, max. für 24 Monate	Scheidet ein Arbeitnehmer auf Wunsch des Arbeitgebers vor abschlagfreier Rente aus, kann er für jeden Monat 250 Euro Abfindung erhalten, max. für 24 Monate	Entfällt, weil Ausstieg vor abschlagfreier Rente nicht möglich	Scheidet ein Arbeitnehmer auf Wunsch des Arbeitgebers vor abschlagfreier Rente aus, kann er für jeden Monat 250 Euro Abfindung erhalten, max. für 24 Monate	Entfällt, weil Ausstieg vor abschlagfreier Rente nicht möglich

Finanzierung: Ab 2010 gibt es keine Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit mehr. Das Loch, das dadurch entsteht, füllen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte. Der Anteil der Arbeitnehmer ist aber nach oben begrenzt: auf maximal 0,4 % der Entgeltsumme. Dafür wird bei einem Tarifabschluss nach Januar 2010 einmalig ein Teil der Tarifierhöhung verwendet. Wird der Tarifvertrag gekündigt (frühestens 31. Dezember 2016 möglich), erhöhen sich die Entgelte automatisch um diesen Prozentsatz.

Quelle: IG Metall

Was ist Altersteilzeit?

In der Metall- und Elektroindustrie wird fast nur das »Blockmodell« praktiziert: Wer zum Beispiel vier Jahre in Altersteilzeit geht, arbeitet nicht vier Jahre halbtags, sondern die ersten zwei Jahre voll, die nächsten zwei gar nicht. Während der ganzen Zeit gibt es im Prinzip den halben Lohn. Den stockt der Arbeitgeber jedoch auf, künftig im Schnitt auf 87 Prozent (siehe Tabelle). Außerdem zahlt er weiter über 90 Prozent der früheren Rentenbeiträge – nach dem neuen Tarifvertrag 95 Prozent.

Was steht im neuen Tarifvertrag?

Bis zu vier Prozent der Beschäftigten können in Altersteilzeit gehen. In Firmen, in denen es keine Betriebsvereinbarung dazu gibt, haben sie individuellen Anspruch darauf. 2,5 Prozent sind dabei für

Beschäftigte reserviert, die besonders belastende Tätigkeiten haben. Sie können derzeit mit 63 in Rente gehen, müssen aber Abschläge zahlen. Um sie auszugleichen, erhalten sie Abfindungen:

Mehr im Portmonee

Durchschnittliches Entgelt (netto) von Altersteilzeitern*:

Ungelernter Arbeiter Entgeltgruppe 1	bisher 1145 Euro künftig 1197 Euro
Facharbeiter Entgeltgruppe 7	bisher 1442 Euro künftig 1499 Euro
Ingenieur Entgeltgruppe 16	bisher 2180 Euro künftig 2192 Euro

*Baden-Württemberg, Steuerklasse 1
Quelle: IG Metall

250 Euro monatlich für jeden Monat, der zwischen dem Ende der Altersteilzeit und der gesetzlichen Rente liegt, maximal 24 Monate. Die Tarifparteien haben vereinbart, dass der Tarifvertrag aus Baden-Württemberg bundesweit übernommen werden soll.

Was ist bei einer Rente mit 67?

Mit ihr verschieben sich die sechs und vier Jahre Altersteilzeit automatisch nach hinten. Es bleibt also weiter wichtig, die Rückkehr zur Rente mit 65 zu fordern.

Warum der neue Tarifvertrag?

Die bisherige Altersteilzeit basiert darauf, dass die Bundesagentur für Arbeit sie fördert, wenn durch Altersteilzeit frei werdende Stellen wieder besetzt werden. Doch diese Zuschüsse gibt es nur bis Ende 2009. Darum waren neue Regeln

genötigt. Im neuen Tarifvertrag ist vereinbart, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die fehlenden Zuschüsse ab 2010 gemeinsam ausgleichen (siehe Schaubild). Der Arbeitnehmerbeitrag wird in einer Tarifrunde nach Januar 2010 einmalig aus einer tariflichen Lohnerhöhung aufgebracht.

Dass die IG Metall jetzt notgedrungen eine eigene tarifliche Lösung gefunden hat, heißt aber nicht, dass sie die Regierungsparteien aus der Verantwortung entlässt. »Wir erwarten nach wie vor eine Förderung«, machte Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, deutlich. »Vorschläge von Arbeitsminister Olaf Scholz liegen auf dem Tisch.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

► www.igmetall.de → Themen
→ Neue Altersteilzeit



Foto: CDU

GEMEINSAMKEITEN? Eine Delegation des IG Metall-Vorstands traf Mitte September in Berlin das CDU-Präsidium. Die Themen? Kanzlerin Merkel und IG Metall-Vorsitzender Huber sorgen sich beide über die sozialen Rechte in der EU und auch über die deutsche Integrationspolitik. Bei den Themen Altersteilzeit und Leiharbeit vertraten IG Metall und CDU völlig unterschiedliche Positionen. Die IG Metall führt mit allen demokratischen Parteien, die es wünschen, politische Gespräche.

Die »Linken« in der CDU

Arbeitnehmerfreundliche Politik unter dem Dach der Union? Metalller wie NRW-Minister Laumann versuchen den Spagat.

NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann ist Bundesvorsitzender der CDA, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. In der CDA sind auch viele Metalller. Aber wie passt das zusammen – CDU und Gewerkschaft? Minister Laumann gibt der **metallzeitung** Antworten:

»Wir brauchen nicht nur in den Parteien, sondern auch in der Politik einen starken Arbeitnehmerflügel«, sagt Laumann. Deshalb sieht er auch viele gemeinsame Punkte. »Die IG Metall sollte mit uns dafür kämpfen, die Renten armutsfest zu machen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge beim Arbeitslosengeld II zu erhöhen. Diese Gerechtigkeitslücken müssen endlich geschlossen werden.«

Laumann begrüßt Gespräche zwischen der CDU und dem IG Metall-Vorstand. Insbesondere bei der positiven Bewertung der Tarifautonomie und der beruflichen Bildung und Integration zeigten sich Gemeinsamkeiten. »Streiten kann man sich beim Thema Zeitarbeit. Wir dürfen die Leiharbeit weder heiligsprechen noch von vornherein verdammen«, betont er. Und seine Meinung zur aktuellen Tarifrunde? »Die Arbeitnehmer sollten einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Branche erhalten.« ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Das komplette Interview unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Mehr zum Thema CDA unter:

► www.cda-bund.de

Frührentner nicht bestrafen

IG Metall weiter gegen Abschlüsse bei Erwerbsminderungsrenten.

Zigtausend IG Metall-Mitglieder werden sich in nächster Zeit über Post von der Rentenversicherung ärgern: die mehr als 100 000 Metalllerinnen und Metalller, die von Erwerbsminderungsrenten leben und Widerspruch gegen Abschlüsse bei ihrer Rente erhoben hatten. Am 14. August entschied der 5. Senat des Bundessozialgerichts (BSG), dass die Rentenkürzung zulässig ist.

Seit einigen Jahren müssen Menschen, die schon vor 60 Jahre eine EM-Rente beziehen, 10,8 Prozent Abschlüsse hinnehmen. Wer also zum Beispiel 1000 Euro Rente bekommt, dem werden 108 Euro abgezogen.

Noch 2006 hatte der 4. Senat des BSG die Abschlüsse für rechtswidrig erklärt. Daraufhin hatte die IG Metall ihre betroffenen Mitglieder aufgefordert, gegen ihre Rentenbescheide Widerspruch einzulegen. Doch die Rentenversicherung wehrte sich gegen das damalige BSG-Urteil. Dass sie dieses Jahr

beim 5. Senat Erfolg damit hatte, bedeutet für rund 926 000 betroffene Rentner: Sie müssen die Abschlüsse jetzt schlucken. Das gleiche gilt für etwa 700 000 Witwen und Witwer, deren Ehepartner gestorben sind, bevor sie 60 wurden.

Die IG Metall hält Abschlüsse »nach wie vor für falsch«, sagt Hans-Jürgen Urban. Er ist im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig. Erwerbsgeminderte dürften nicht mit Kürzungen bestraft werden. Schließlich sei es ihnen ja aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich, zu arbeiten. Eine Korrektur sei aber jetzt nur noch auf politischem Weg möglich.

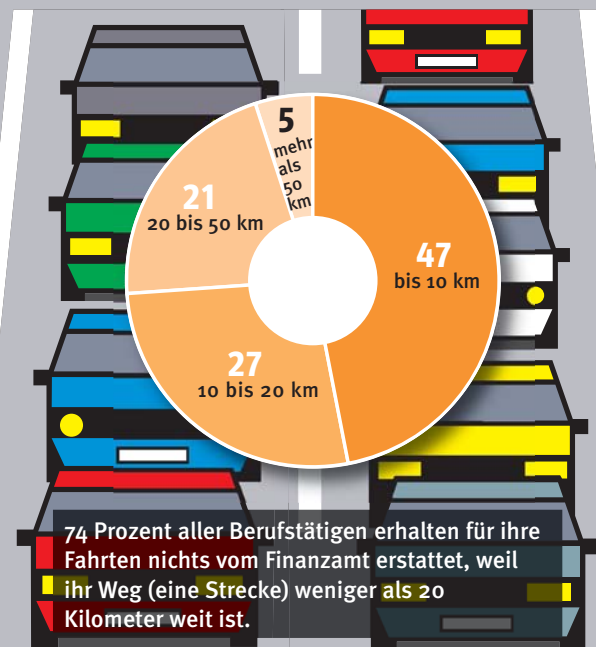
Urban appelliert an die Politiker in Berlin, »die unsozialen Kürzungen rückgängig zu machen«. Die IG Metall hat die »Initiative für einen neuen Generationenvertrag« gestartet. Darin macht auch sie die Abschlüsse zum Thema. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

PENDLER

Der Weg zur Arbeit

Von 100 Berufspendlern fahren von der Wohnung zum Betrieb...



Quelle: Statistisches Bundesamt / Bundesfinanzministerium

BILDUNGSGIPFEL IN BERLIN

Wieder leere Versprechungen?

Immer mehr junge Menschen fallen durch das Schulsystem. Nun soll es der Bildungsgipfel in Berlin richten. Erwartet werden jedoch wieder nur leere Versprechungen. Denn die Politiker bleiben unter sich. Gewerkschafter, Arbeitgeber, Wissenschaftler oder Kirchen dürfen nicht mitreden. Dabei hätte gerade die IG Metall einige gute Ideen und Vorschläge beizusteuern.



Foto: Alexandra Umbach / fotoagentur-ruhr.de

CHANCE GENUTZT: Marius Zei gehört zu jenen zehn Prozent, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Zei erhält dennoch eine Ausbildung.

Die Forderungen der IG Metall

Damit Deutschland eine Bildungsrepublik werden kann, muss sich nach Ansicht der IG Metall noch einiges tun. Dazu gehört:

- eine gute Schule für alle
- mehr Ganztagskindergärten und Ganztagschulen
- fördern statt auslesen
- eine zweite Chance für alle, die durchgefallen sind
- mehr Durchlässigkeit nach oben
- Ausbildung statt Warteschleife
- Zugangsbarrieren zu Hochschulen abbauen
- Abschlüsse anrechnen
- mehr Studienplätze schaffen
- Weiterbildung solide finanzieren und bundesweit einheitlich regeln
- Kindergarten- und Studiengebühren abschaffen

Eine Ausbildung zum Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heiz- und Klimatechnik – für Marius Zei war es die Rettung. Das Angebot kam von einem Freund, einem Handwerker aus Duisburg. Marius Zei musste nicht lange überlegen. Mit einer solchen Chance hatte er gar nicht mehr gerechnet. Denn der 24-Jährige gehört zu jenen zehn Prozent, die die Schule jedes Jahr ohne Abschluss verlassen. Und für sie sind die Aussichten düster. Nicht einmal jeder sechste Jugendliche ohne Schulabschluss findet eine Ausbildung, und selbst mit Hauptschulabschluss schafft es nur jeder fünfte. Das Bildungssystem siebt gnadenlos aus.

Zu Zeiten von geburtenstarken Jahrgängen war es für die Wirtschaft kein Problem, dass ein gewisser Teil eines Jahrgangs durchs Bildungssystem fiel. Doch angesichts sinkender Geburtenzahlen drängen inzwischen auch Wirtschaftsvertreter auf Verbesserungen. Die Politik verspricht seit Jahren Besserung. Nun hat Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema zur Chefsache gemacht. Im Frühsommer rief sie die Bildungsrepublik aus und reiste anschließend durch Kindergärten und Schulen. Im Oktober folgt nun der Bildungsgipfel.

Das Gipfelprogramm verspricht einen Ritt quer durch die Bildungslandschaft. Doch angesichts eines solch weiten Felds erwartet Klaus Heimann, Bildungsexperte beim IG Metall-Vorstand, nicht viel. »Ich denke nicht, dass man dort konkrete Ziele vereinbaren wird.« Doch nur so könne man in der Bildung wirklich etwas verbessern. »Wir brauchen verbindliche Zusagen der Länder, dass sie etwa die Zahl der Schulabbrecher bis zum Jahr x halbieren oder die Zahl der Weiterbildungsteilnehmer um x Prozent steigern.« Heimann könnte da eini-

ge Ideen beisteuern. Doch beim Bildungsgipfel bleiben die Politiker unter sich. Gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wissenschaftler oder Kirchen wurden nicht eingeladen. Am Ende, fürchtet der Metaller, könnte nicht mehr dabei herauskommen, als dass alle wieder einmal Besserung versprechen.

Was solche Versprechen bringen, zeigen internationale Studien. Jahr für Jahr verpasst die OECD der deutschen Bildungspolitik schallende Ohrfeigen: zu wenig Abiturienten, zu wenig Akademiker und zu wenig Geld für Bildung. Rund zehn Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne einen Abschluss, und 20 Prozent der 15-Jährigen erreichen beim Lesen gerade mal Grundschulniveau. Durchlässig ist das deutsche Schulsystem fast nur nach unten. In kaum einem anderen Land hängen Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab.

Für Regina Görner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, kein tragbarer Zustand »Es ist eine Schande, dass wir das Potenzial junger Menschen einfach nicht nutzen.« Einen Grund für das deutsche Bildungsversagen sieht sie im Föderalismus. Die unterschiedliche Finanzkraft der Länder schaffe unterschiedliche Bildungsqualität. »Da fehlt ein Finanzausgleich zwischen den Ländern für Bildung«, kritisiert Görner. Der Föderalismus dürfe die Länder auch nicht daran hindern, gemeinsame Eckpunkte zu vereinbaren. Für Metaller Heimann ist aber eins auch klar. Wenn Menschen wie Marius Zei in Zukunft nicht nur auf ihr Glück vertrauen sollen, dann braucht das Bildungssystem auch mehr Geld. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Foto: Jochen Lübke / dpa / pa

DEMO FÜR DAS VW-GESETZ: Mit einer der größten Demonstrationen in der Geschichte des Volkswagen-Konzerns haben mehr als 40 000 Beschäftigte für den Erhalt des VW-Gesetzes demonstriert. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, kritisierte die Europäische Kommission und

die Porsche-Führung wegen ihrer Pläne zur Abschaffung des Gesetzes: »Das VW-Gesetz schützt die Belegschaften, es ist gelebte und erfolgreiche Sicherung von Arbeitsplätzen. In Zeiten von Shareholder Value und Finanzkapitalismus braucht Deutschland nicht weniger, sondern mehr VW-Gesetze.« **sro**

Niedriglöhne: Jeder Vierte verdient höchstens sieben Euro die Stunde

Immer mehr Menschen verdienen miserabel. Am 7. Oktober gibt es einen internationalen Aktionstag für menschenwürdige Arbeit.

Die Zahlen sprechen für sich: Fast jeder Vierte verdient höchstens sieben Euro in der Stunde, belegt eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation. Und eine weitere alarmierende Meldung gibt es beim Statistischen Bundesamt: Die Zahl der Vollzeitstellen ist in den

vergangenen zehn Jahren um 1,53 Millionen gesunken. Minijobs und Leiharbeit hingegen boomen: Solche Beschäftigungsverhältnisse nahmen um 2,58 Millionen auf 7,68 Millionen zu.

Für die IG Metall bedeuten diese Zahlen: Weitermachen im Kampf um einen fairen Mindestlohn und weitermachen mit der Leiharbeits-Kampagne »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Dabei kann jeder mitmachen. Zum Beispiel: Eine Postkarte oder SMS schreiben und für Gerechtigkeit demonstrieren (siehe hierzu auch Seite 31). Oder den Leiharbeits-Truck besuchen (siehe Kasten).

Die Aktionen haben Erfolg und die IG Metall kann Etappensiege feiern. So entschied das Landgericht Frankfurt, dass die IG Metall weiter gegen Leiharbeitsfirmen vorgehen darf, die sich nicht an fai-

re Bedingungen halten. Das freut IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild. In Hessen, Thüringen, Saarland und Rheinland-Pfalz bietet er Verleiher ein Fairness-Abkommen an. Wer sich nicht daran hält, wird an den Pranger gestellt.

Und: Am 7. Oktober gibt's in Hannover einen Tag für menschenwürdige Arbeit. Der Internationale Gewerkschaftsbund plant für das Datum weltweite Aktionen. **sro**

► www.wddw.org

Schwarzweißbuch

Leiharbeitsfirmen verletzen tagtäglich Menschenrechte, hunderttausendfach. Typische Fälle enthält das »Schwarzweißbuch Leiharbeit« der IG Metall. Das Buch gibt's für acht Euro auf der Kampagnenseite:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de



Foto: Michael Schinke

Die nächsten Stationen des Fair-Leih-Truck

Der Truck der IG Metall rollt weiter. Wo er hin kommt, gibt es Infos und Diskussionen rund um die Leiharbeit.

Stationen im Oktober unter anderem:

- 1. Oktober: Passau
- 2. Oktober: Weilheim
- 4. Oktober: Kempten
- 6. Oktober: Celle
- 7. Oktober: Hannover

Mehr Infos unter:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de



Foto: Jochen Braune del Angel

Laut statt weise

Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen – dieser Satz gehört seit über 30 Jahren zu den Standardargumenten von Arbeitgebern und konservativen Ökonomen, um Arbeitnehmern »Lohnzurückhaltung« zu predigen. Was so lange so überzeugt behauptet wird, muss ja belegbar sein, dachten sich Wissenschaftler der Fachhochschule Koblenz und befragten Wirtschaftswissenschaftliche Institute und Arbeitgeberverbände, welche Studien sie kennen. Ergebnis: überall Fehlanzeige. Auch der Vertreter des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft musste passen: »Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir nicht bekannt.«

Vorbild Frankreich

Seit Beginn der Währungsunion ist Frankreichs Wirtschaft stärker gewachsen als die deutsche. Mehr Menschen fanden einen Arbeitsplatz – und das bei stabiler Lohnentwicklung und ohne drastische Einschnitte in die Sozialsysteme. Das fand das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung heraus. Ist Frankreich also Vorbild? Ja. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, flankiert durch Kombilöhne, sorgten für eine kräftigere Nachfrage und gleichmäßigere Einkommensverteilung.

Für Klima und Arbeit

IG Metall und das Bundesumweltministerium (BMU) unterstützen in einer gemeinsamen Erklärung den Emissionshandel und seine Weiterentwicklung. Mit Blick auf die Verhandlungen in Brüssel zur Ausgestaltung des Emissionshandels ab 2013 formulieren IG Metall und BMU darin einige Kernforderungen. »Die IG Metall zeigt damit, dass sie industrie- und beschäftigungspolitische Erfordernisse mit den Notwendigkeiten des Klimaschutzes in Übereinstimmung bringt«, sagte IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber. Die Erklärung gibt es im Internet. ► www.igmetall.de

INTERVIEW



NIKOLAUS SIMON ist Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung. Die Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

»Die Mitbestimmung ist Teil der demokratischen Kultur«

Schlecker, Lidl, Siemens, VW-Porsche. Unternehmen behindern Betriebsräte und Gewerkschaften und untergraben die Mitbestimmung im Aufsichtsrat. Ein genereller Angriff? Im Interview: Der Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung, Nikolaus Simon.

metallzeitung: Die Fälle, bei denen Unternehmen versuchen, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auszuhebeln, häufen sich. Ein genereller Trend? Gar ein systematischer Angriff?

Nikolaus Simon: Versuche, die Arbeitnehmerbeteiligung zu beschränken, hat es schon immer gegeben. Das aktive Bekämpfen der Gründung von Betriebsräten bei Lidl und Schlecker stellt hierbei nur die aktuell krassen Fälle dar. Auch Umstrukturierungen werden genutzt, um die Mitbestimmung, insbesondere im Aufsichtsrat, zu schwächen. Einen generellen Trend oder systematischen Angriff auf die Mitbestimmung sehe ich jedoch nicht.

metallzeitung: Warum wollen Unternehmen denn keine Mitbestimmung mehr? Was hat sich verändert?

Simon: Ich glaube nicht, dass man generell sagen kann, die Unternehmen wollen keine Mitbestimmung. Im Gegenteil: Sehr viele Unternehmer schätzen die Mitbestimmung und ihren wichtigen Beitrag zum Erfolg. Wie die Biedenkopf-Kommission 2006 herausfand, hat die Mitbestimmung eine positive Wirkung. Verändert hat sich die Ausrichtung der Unternehmensführung auf kurzfristige Profite und Shareholder Value-Interessen. Dies nimmt die Mitbestimmung umso mehr in die Pflicht, noch konsequenter

für die langfristigen Arbeitnehmeranliegen einzutreten.

metallzeitung: Wird es denn für Betriebsräte schwerer?

Simon: Angesichts der immer komplexeren Wirtschaftswelt, der wachsenden Standortkonkurrenz und wegen des Kapitalmarkts mit höheren Renditeforderungen ist Betriebsratsarbeit anspruchsvoller geworden. Die fachlichen Anforderungen steigen, die Reaktionszeiten verkürzen sich, die Menge der zu lösenden Probleme wächst deutlich. Immer wichtiger wird auch die internationale Vernetzung der Gremien, weil auch die Unternehmen international agieren.

metallzeitung: Es gibt immer mehr Berater, ganze Institute, die Unternehmen helfen, Betriebsrat und Gewerkschaft herauszuhalten und die Mitbestimmung zu umgehen. Anwaltskanzleien bieten Rundum-Pakete an. Ist da ein neues »Business« entstanden?

Simon: Neue Möglichkeiten des Europarechts haben den Gestaltungsspielraum für Berater erweitert. Dadurch wächst der Beratungsmarkt. Ein wirklich neues »Business« sehe ich aber nicht.

metallzeitung: Wie schaffen es Unternehmen – und ihre Berater und Anwälte, ihre Betriebe »mitbestimmungsfrei« zu machen?

Simon: Sie nutzen Lücken im Europarecht und im deutschen Recht. Obwohl die Europäische Aktiengesellschaft die Chance bietet, unsere Mitbestimmung in Europa zu verankern, kann sie auch zu einem »Einfrieren« der Mitbestimmung auf niedrigem Niveau führen. Zudem finden die deutschen Mitbestimmungsgesetze bei ausländischen Unternehmensformen keine Anwendung – wie bei der Air Berlin. Auf diese Weise haben nach unseren Erkenntnissen bereits 29 Unternehmen keinen mitbestimmten Aufsichtsrat mehr. Daher fordern die Gewerkschaften eine Gesetzesausweitung auf solche Fälle.

metallzeitung: Was heißt das für die Beschäftigten, wenn sie keine Mitbestimmung, vor allem keinen Betriebsrat, mehr haben?

Simon: Sie können an Entscheidungen, die das Unternehmen und ihren Arbeitsplatz betreffen, nicht mehr mitwirken – als Staatsbürgerinnen und -bürger an wirtschaftlichen Entscheidungen nicht mehr teilhaben. Die Mitbestimmung ist aber Teil der demokratischen Kultur. Sie wird in Zukunft noch wichtiger, um die Unternehmen nachhaltig auszurichten. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr zum Thema Mitbestimmung und zur Hans-Böckler-Stiftung:

► www.boeckler.de

Sicherheit für Conti-Beschäftigte

Dank Vertretern der IG Metall, der IG BCE und des Konzernbetriebsrats: Für die Mitarbeiter der Continental AG und der Schaeffler KG endet die Übernahmeschlacht mit positiven Zusagen.

Erleichterung bei den Beschäftigten: Wochenlang zog sich die Übernahme der Continental durch den fränkischen Automobilzulieferer Schaeffler hin. Die Angst, dass Konzernstrukturen zerschlagen, Standorte geschlossen und Mitarbeiter ihre Jobs verlieren, war groß.

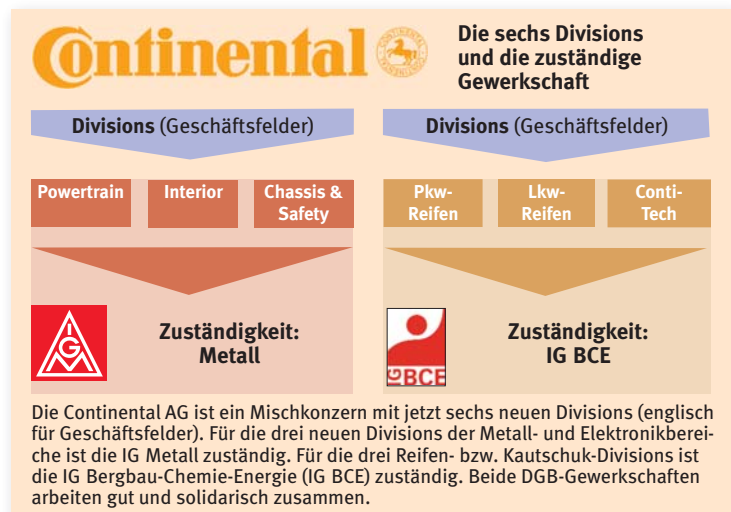
Dann ebnete endlich der Aufsichtsrat den Weg zu Verhandlungen zwischen den beiden Konzernen. Die Arbeitnehmer im Gremium – Metalller und Vertreter der Chemiegewerkschaft IG BCE – schafften es, eine Vereinbarung im Sinne der Beschäftigten zu verhandeln.

»Die Erklärung kann als Zeichen gewertet werden, dass der neue Großaktionär bemüht ist, einen kooperativeren Stil mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften anzustreben«, freut sich Hartmut Meine, IG Metall-Betriebsleiter in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit Werner Bischoff, IG BCE-Vorstandsmitglied. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Die Zusagen im Wortlaut unter:

► www.igmetall-niedersachsen-anhalt.de



Die wichtigsten Zusagen für die Beschäftigten

- **Arbeitsplätze:** Der Einstieg bei Schaeffler gefährdet keine Arbeitsplätze bei der Continental.
- **Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen:** Die bestehenden Regelungen werden bestätigt.
- **Standortschließungen bei Conti:** Schaeffler wird nicht ohne Zustimmung des Conti-Vorstands darauf hinwirken, dass es zu Standortschließungen oder zur Veräußerung von Divisionen kommt.
- **Mitbestimmung im Aufsichtsrat:** Schaeffler wird nicht ohne Zustimmung des Conti-Vorstands und -Aufsichtsrats hinwirken, dass die paritätische Mitbestimmung bei Conti abgeschafft wird.
- **Hannover:** Konzernsitz der Continental bleibt in Hannover.
- **Eigenständigkeit:** Continental und Schaeffler bleiben zwei eigenständige Unternehmen.

»Damit behalten die Continental-Mitarbeiter ihre verlässliche Orientierung«, steht in der Vereinbarung, die frühestens 2014 kündbar ist.

PFLAUME DES MONATS

Wie krank kann eine Krankenkasse sein?

Es gibt Dinge, die gibt's eigentlich nicht. Zum Beispiel der »spezielle Dienst für Arbeitgeber«, den die Barmer Ersatzkasse ihren Kunden bietet. Das klingt ein bisschen nach Prostitution. Geht auch in die gleiche Richtung. Denn die Barmer steckt mit den Arbeitgebern unter einer Decke. Unter der Rubrik »spezieller Dienst« bot die Kasse auf ihrer Internetseite bis vor wenigen Tagen Tipps für die Kündigungen von Schwangeren und Schwerbehinderten an. Arbeitgeber konnten sich die Briefvorschläge ganz einfach herunterladen. Die Barmer nannte das Formular frechweg: »Kündigung einer Schwangeren oder Mutter«.

Wie Krank. Die Kasse spricht jetzt von einem »unglücklichen Missverständnis«. Und sie versichert, dass sie die Formulare aus dem Internet gelöscht hat.

Nun müssen die Arbeitgeber eben wieder anrufen, um die Formulare und Tipps zu erhalten. Und wir wissen jetzt endgültig: Krankenkassen sind ganz sicher nicht für Schwache und Kranke da. **sro**

BARMER
Deutschlands größte Krankenkasse

Tarifrunde 2008: Da ist Mu

»Es wird Zeit, dass Geld von oben nach unten fließt«, »wir sind mehr als Humankapital«, »wir sind Menschen mit Wert« – zwei Rapper sagen in einem Song, worum es in der anstehenden Tarifrunde geht. Und warum das Motto heißt: Es geht um mehr. Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie wollen mehr als einen Ausgleich für die Inflation. Sie wollen, dass anerkannt wird, was sie im jüngsten Wirtschaftsaufschwung geleistet haben, und endlich einen gerechten Anteil haben.

»Die Arbeitgeber sollen wissen, wie die Stimmung in unseren Betrieben ist«, sagt Siegfried Gaier. Der 46-jährige Maschinenbediener montiert und prüft Bremsventilgehäuse für Traktoren im Landmaschinen-Betrieb von John Deere in Mannheim. Wie unter seinen Kolleginnen und Kollegen die Stimmung ist, weiß er aus vielen Gesprächen ziemlich gut. Gaier ist Vertrauensmann der IG Metall. Er und die anderen Vertrauensleute im Mannheimer Werk saßen am 12. September zusammen, um die Stimmung in der Belegschaft in einer Prozentzahl zusammenzufassen. Heraus kam dabei eine fette 8,5 Prozent.

Die Arbeitgeber haben schon lange geschnallt, wie die Stimmung ist und sie »mit einer Mischung aus Entsetzen und Resignation« aufgenommen, wie jüngst der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Martin Kanneiesser, bei einem Termin mit Journalisten klagte. Er hatte sich mit ihnen im Jagdschloss Hubertusstock am Werbellinsee in der

Nähe von Berlin getroffen. Nicht der eindrucksvollste Ort, um eine bevorstehende »Schwächephase« der Metallindustrie heraufzubeschwören. Obwohl es den Metallbetrieben – wie immer vor den Tarifrunden – laut Kanneiesser gar nicht gut geht, stellte er in Aussicht: »Die Lohnerhöhung wird nicht um die zwei Prozent herumkrebsen.« Sie werde »ordentlich« sein. Aber was »ordentlich« ist, darüber scheiden sich die Geister in dieser Tarifrunde so sehr wie lange nicht mehr.

»Die Leute im Betrieb wissen doch genau, wie stark die Gewinne gestiegen sind und wie wenig die Nettolöhne«, sagt Siegfried Gaier. »Sie fragen sich: Wann sind wir endlich mal an der Reihe.« Ihre Antwort ist klar: Jetzt!

Selbst wenn Tarifrunden anstehen, können die Unternehmen mit ihren Bilanzen nicht einfach mal eine Zeitlang abtauchen. So meldete das US-Unternehmen John Deere am 13. August, dass es allein im dritten Quartal weltweit einen Gewinn in »Rekordhöhe« erzielt hat: 575,2 Millionen US-Dollar. Das Ergebnis

der ersten neun Monate dieses Jahres belief sich auf 1,708 Milliarden US-Dollar. Letztes Jahr waren es »nur« 1,4 Milliarden gewesen. John Deere stellt Traktoren, Mähdrescher, andere Landmaschinen, Rasenmäher und Forstmaschinen her. Vor allem Traktoren laufen gut. Übers ganze Jahr erwartet das weltweit tätige Unternehmen bei Landmaschinen ein Plus von stolzen 38 Prozent. Daran sind die rund 5600 Beschäftigten in den fünf deutschen Werken tatkräftig beteiligt.

»Die Auftragslage ist sehr gut«, berichtet Gaier. »Und darüber bin ich auch sehr froh.« Schließlich will er davon profitieren. In den Boomjahren 2006 und 2007 füllten sich die Auftragsbücher in der Metall- und Elektroindustrie, dass es nur so krachte. Nicht nur bei John Deere. Allein 2007 nahmen die Bestellungen in den Metallbranchen um fast zwölf Prozent zu. Dieser hohe Zuwachs wurde in der ersten Hälfte dieses Jahres noch einmal übertroffen, wenn auch die extremen Steigerungen

Wachstum



Foto: Tim Brakemeier / dpa / pa

PETER BOFINGER, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sagt: Lohnerhöhungen sind gut für die Inlandsnachfrage und die Konjunktur.

metallzeitung: Die Wirtschaft befindet sich zurzeit im Abschwung? Kommt es noch schlimmer?

Peter Bofinger: Das lässt sich nicht genau vorhersagen. Auf der einen Seite haben sich einige wirtschaftliche Indikatoren, wie Industrieproduktion und Auftragseingänge, in Besorgnis erregender Weise verschlechtert. Auf der anderen Seite sind die Ölpreise zuletzt wieder deutlich gesunken. Auch hat sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar und dem Yen in letzter Zeit deutlich abgeschwächt – das hilft den Ländern des Euroraums. In der Metallindustrie wirkt sich dieses Jahr besonders negativ aus, dass viele Investitionen 2007 vorgezogen wurden, weil

die Abschreibungsbedingungen bis Ende 2007 erheblich besser waren.

metallzeitung: Wie lässt sich die Konjunktur denn wieder beleben?

Bofinger: Jahrelang wurde die deutsche Wirtschaft nur vom Export getragen, während die Inlandsnachfrage seit 2000 stagniert. Das hat etwas damit zu tun, dass die realen Nettolöhne, also die Nettolöhne nach Abzug der Preissteigerungen, selbst im Aufschwung nicht gestiegen sind. Lässt eine Volkswirtschaft die Binnen-nachfrage verkümmern, wird sie verwundbarer, wenn es negative Einflüsse auf dem Weltmarkt

sik drin

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

nicht mehr erreicht wurden: Im Vergleich zum vergangenen Jahr gab es ein Plus von fast drei Prozent. Der Aufschwung ist zwar erst mal vorbei, aber von einer Rezession, die manche Experten für die Gesamtwirtschaft bereits heraufbeschwören, ist in der Metallindustrie noch nichts zu spüren.

Die Beschäftigten spüren etwas ganz anderes. »Wir müssen immer mehr leisten«, sagt Gaier. Er ist Schichtarbeiter, arbeitet in Wechselschicht. »Die Akkordzeiten werden verkürzt. Wir müssen immer flexibler sein, müssen einspringen, wenn viele Aufträge abgearbeitet werden müssen.« Das heißt, zusätzliche Wochenendarbeit: Samstags Frühschicht und Sonntagabend gleich wieder in die Nachtschicht. »Das schlaucht, wenn man zwei Wochen durchgearbeitet hat.«

Auch in anderen Betrieben machen immer mehr Beschäftigte die Erfahrung, dass Arbeit und Stress zunehmen. Dass mehr rangeklotzt wird, lässt sich an Zahlen belegen. Die Ar-

Fortsetzung auf Seite 12»

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

gibt. Die Inlandskonjunktur kann die Schwäche der Weltkonjunktur dann nicht abfedern.

metallzeitung: Die Arbeitgeberverbände und eine Reihe von Wirtschaftsexperten bezweifeln aber doch, dass Lohnerhöhungen gut für die Konjunktur sind.

Bofinger: Sie haben aber unrecht. Hätten wir in den letzten Jahren jeweils nur ein Prozent Lohn-erhöhung mehr gehabt, wäre das für die Export-industrie absolut verkraftbar gewesen. Wir hätten dafür aber mehr Inlandsnachfrage und eine insgesamt besser balancierte wirtschaftliche Entwicklung gehabt.

**Ich verrate dir, was hier so gut funktioniert hat, die Metallindustrie floriert und unsere Wirtschaft wirft Gewinne ab und Aktien steigen, mehr Dividende für die Reichen.*

**Ja, Deutschland ist Exportweltmeister, enttäuschend wär's da und umso dreister, wenn man uns nicht beteiligt am Gewinn, wird das für uns der Grund auf die Strasse zu gehen.*

**Denn wir fordern von denen, den Firmenchefs, mehr Cash für unser Leben und unsere Kosten.*

Generell mehr Gerechtigkeit wär nicht verkehrt, doch es geht um mehr, viel, viel mehr.

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

❖ DER RAP-SOUND DER TARIFRUNDE

Marcel Wojnarowicz, 32, genannt Wojna, und Torben Pape, 31, beide aus Duisburg, haben den Rap-Song zur Tarifrunde gemacht. Den Song der «Jungs» aus dem Ruhrgebiet gibt es für IG Metall-Mitglieder zum Herunterladen im Internet. Auch als Klingelton. Beide Rapper sind übrigens IG Metall-Mitglieder. Torben ist sogar im Betriebsrat bei Krohne Messtechnik in Duisburg.

Rap-Song und Klingelton gibt's unter:
► www.metall-tarifrunde-2008.de

**Song als
Klingelton
zum Runterladen:
www.metall-tarifrunde-2008.de**



Foto: diebandbreite.de

Gerechtigkeit



Foto: Olaf Doering

RUDOLF ZWIENER, Wissenschaftler im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, hält den Abstand zwischen Gewinnen und Löhnen für sehr ungerecht.

metallzeitung: Sie haben kürzlich in einer Studie geschrieben, dass der jüngste Aufschwung eine neue Dimension hatte. Was war denn daran besonders?

Rudolf Zwiener: Im Unterschied zu früheren Aufschwüngen waren dieses Mal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt nicht am Einkommenszuwachs beteiligt. Im jüngsten Aufschwung von Ende 2004 bis Anfang 2008 und in dem von 1998 bis 2001 war das Wachstum gleich stark. Damals stiegen die durchschnittlichen realen Nettolöhne pro Kopf um insgesamt vier Prozent. Dieses Mal sind sie um 3,5 Prozent zurückgegangen, obwohl das Bruttoinlandsprodukt ...

metallzeitung: ... also der Gesamtwert aller in Deutschland hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen ...

... um fast neun Prozent wuchs. Die Unternehmen konnten den jüngsten Aufschwung so für eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten nutzen. Im vorherigen Aufschwung lag der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen noch bei 71

Prozent, im jüngsten Aufschwung sackte er auf 64 Prozent ab.

metallzeitung: Demnach ist es gerecht, wenn die Arbeitnehmer das jetzt korrigieren wollen?

Zwiener: Aus meiner Sicht ja. Eine Lohnerhöhung sollte sich grundsätzlich an der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent orientieren ...

metallzeitung: ... die Rate, die aus Sicht der EZB nicht überschritten werden sollte ...

... und an der gestiegenen Arbeitsproduktivität. Es sollte aber ein Faktor dazu kommen, der die Gerechtigkeitslücke schließt: Er sollte das, was an Umverteilung zugunsten der Unternehmen stattgefunden hat, wenigstens teilweise wieder rückgängig machen. Das gilt auch für die Metallindustrie, in der die Produktivität deutlich über der der Gesamtwirtschaft liegt.

metallzeitung: Ist das auch wirtschaftlich vertretbar?

Zwiener: Ich halte das für wirtschaftlich vertretbar – und für bezahlbar.

Fortsetzung von Seite 11»

beitsproduktivität, also die Menge, die ein Beschäftigter in der Stunde produziert, ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um drei Prozent gewachsen, in den Jahren davor sogar um mehr als fünf Prozent.

Die Löhne und Gehälter sind aber nicht im gleichen Maß mitgewachsen. Vom Aufschwung profitierten vor allem die Unternehmen und Aktionäre. Gesamtmetall selbst schätzt, dass die Nettogewinne in der Metall- und Elektroindustrie zwischen 2004 und 2007 um satte 220 Prozent gestiegen sind. Die Metall-Arbeitnehmer hatten am Ende nur neun Prozent mehr auf dem Gehaltskonto. Da die Preise für Benzin, Heizung, Brot und viele andere unverzichtbare Dinge steil nach oben schossen, blieb davon kaum mehr was übrig. Auch bei den Einkommen klappt die Schere immer weiter auseinander, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamts für die Gesamtwirtschaft zeigen. Wer Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhält, kann sich dieses Jahr auf ein Plus von – aufs Jahr hochgerechnet – 41,7 Prozent freuen, verglichen mit 2003. Die Verdienste der Arbeitnehmer wuchsen im gleichen Zeitraum um schlappe 2,9 Prozent – in der Gesamtwirtschaft. In anderen Branchen schnitten die Beschäftigten meist noch viel schlechter ab als in der Metallindustrie.

Es ist vor allem die krasse Umverteilung, die die Beschäftigten veranlasst zu sagen: Wir wollen endlich, dass unsere Leistungen anerkannt werden. Wir wollen endlich mehr Gerechtigkeit.

Auch für die Konjunktur ist es nicht schlecht, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr verdienen. Viele Experten sehen in der Exportabhängigkeit und schwachen Inlandsnachfrage das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft. Das Argument der Gewerkschaften, dass mehr Lohn mehr Kaufkraft heißt und mehr Kaufkraft mehr Nachfrage, tun wirtschaftsfreundliche Experten zwar gern als »alten Hut« ab. Es wird aber dadurch nicht falsch.

Was für Martin Kannegiesser eine ordentliche Tarifierhöhung ist, bleibt vorerst ein Geheimnis. Für Metaller wie Siegfried Gaier steht fest: Es muss mehr sein als beim letzten Mal. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Informationen rund um die Tarifrunde unter:
► www.metall-tarifrunde-2008.de

Anerkennung



Foto: Michael Schinke

ULRICH ECKELMANN, Leiter des Bereichs Wirtschaft, Technologie und Umwelt beim IG Metall-Vorstand, findet: Die Leistungen müssen endlich anerkannt werden.

metallzeitung: Der IG Metall geht es in dieser Tarifrunde auch um mehr Anerkennung. Was heißt das?

Ulrich Eckelmann: Aus vielen Betrieben wissen wir, dass die Beschäftigten das Gefühl haben, dass ihre Leistungen nicht genügend anerkannt werden. Sie haben ordentlich gearbeitet und damit den Aufschwung in Gang gebracht, doch die Früchte des Erfolgs haben Unternehmen und die Anteilseigner geerntet.

metallzeitung: Ist das nur ein Gefühl? Oder lässt sich das auch an Fakten belegen?

Eckelmann: Allein in den letzten zwei Jahren stiegen zum Beispiel die Tantiemen der Top-Manager der Metallindustrie über 50 Prozent, die Dividendenzahlungen an die Aktionäre genauso. Die Bruttolöhne sind zwar auch gestiegen, seit 2003 zum Beispiel um gut neun Prozent. Netto und nach Abzug der Preissteigerungen blieb aber kaum etwas übrig. Durchschnittlich konnten die Arbeitnehmer ihren Lebensstandard gerade mal halten. Wenn man die Einkommenszuwächse der Vorstände oder Anteilseigner dagegen stellt, wird deutlich, warum die Beschäftigten, die den wirtschaftlichen Erfolg ja erarbeitet haben, sich nicht genug anerkannt fühlen.

metallzeitung: Lässt sich die Anerkennung auch wirtschaftlich begründen?

Eckelmann: Ja. Die Metall- und Elektroindustrie macht hervorragende Geschäfte. Zwischen 2003 und 2007 sind die Produktion und die Umsätze um ein Drittel gestiegen. In diesem Jahr kommen noch mal sechs Prozent hinzu. Die Kosten dagegen sind gesunken, besonders die Lohnstückkosten, also die Lohnkosten pro hergestelltem Produkt. Beides hat der Branche kräftige Gewinne beschert. Das wissen die Beschäftigten.



Reimwettbewerb

❖ EURE MOTIVE FÜR NEUE TARIFE

»Mehr Piepen für Strom und Mieten«, »Mehr Zaster für kleine Laster«, »Mehr Rubel bringen Jubel«. Diese Reime gibt es schon. Aber vielleicht fällt unseren Leserinnen und Lesern etwas genauso Gutes oder sogar noch Besseres ein. Gereimt oder auch nicht. Macht mit beim Reim-Wettbewerb. Und beim Online-Voting. Die drei Teilnehmer mit den besten Sprüchen bekommen am Ende der Tarifrunde nicht nur mehr Geld, sondern auch einen hochwertigen Rucksack mit Überraschungspaket. Teilnahmeschluss ist am 30. Oktober.

Mitmachen per Internet. Alles Weitere findet sich unter:
► www.metall-tarifrunde-2008.de

❖ WAS KOSTET MICH DIE INFLATION?

Wie die Preissteigerungen das Einkommen verschlingen, kann sich jeder ausrechnen. Das Statistische Bundesamt hat einen »persönlichen Inflationsrechner« erstellt. ► www.destatis.de

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

Es geht um mehr, es geht um viel, viel mehr

Anzeige

VACUUMSCHMELZE

Das Geld, die Gier und der Streik

Vor drei Jahren ist der Investor OEP bei der boomenden Vacuumschmelze (VAC) eingestiegen. Mit gepumptem Geld. Jetzt verhaseln die Zinsen die Bilanz, und die VAC ist aus dem Flächentarif raus. Zahlen sollten nämlich die Beschäftigten. Nach einer Woche Streik hat die Geschäftsleitung dann doch einen Rückzieher gemacht.



Drohend parkt das graue Wohnmobil vor der VAC. Auf roten Plastik-Schürzen schimmert »Streikleitung« in der Mittagssonne. Das Ultimatum von Beschäftigten und IG Metall an die Geschäftsleitung: Zurück in den Flächentarif oder Streik.

Mit zehn Bussen zum IG Metall-Fest der Solidarität nach Mainz, das Warnstreikprogramm läuft. Beschäftigte in weißen T-Shirts drängeln sich. »Heuschrecken bekämpfen, Tarifvertrag erhalten«, ist aufgedruckt. Hanaus IG Metall-Chef Michael Pilz trägt ebenfalls weiß und diktiert einem Reporter in den Block: »Am 8. September berät der IG Metall-Vorstand über unseren Antrag auf Urabstimmung, und einen Tag später geht's los.« Der Streikzug rast. Im Bus Nummer vier denkt Einrichter Gerald Herrmann an den letzten Arbeitskampf bei der VAC zurück. Damals, 1984, ging's um die 35-Stundenwoche, und die Belegschaft war wochenlang ausgesperrt. Lange her. »Damals haben die Chefs wenigstens noch Respekt gezeigt«, grummelt der Metaller. »Die wussten, dass wir wieder zusammen arbeiten müssen.«

Heute steigen sie aus dem Flächentarif aus, behalten Lohnerhöhungen ein und tricksen mit Zahlen. Beispielsweise die 260 Millionen Schulden – nach fünf Rekordjahren in Folge. Die Hanauer Metaller haben das Heuschrecken-

Am 11. September, fünf Uhr, sperrt die Nachtschicht das Haupttor ab. Der Vorzeigebetrieb VAC ist lahm gelegt.



Streikleiter Pilz beim Warnstreik-Einsatz

Spiel schnell durchschaut und wissen, dass das die Schulden des Investors sind. »OEP braucht Geld, um höhere Zinsen für die Kredite zu bedienen«, analysiert Herrmann. Kredite für den Kauf der VAC vor drei Jahren. Und den Judas-Lohn der großen Chefs. Geschäftsführer Eisele soll nebenbei 734 400 Euro in bar kassiert haben, plus 621 441 in Aktien, Mitgeschäftsführerin Andrea Bauer 333 383 plus 205 069 Euro. »Die haben ausgesorgt«, zischt Betriebsratsvorsitzende Conny Gramm.

Spüren die Geschäftsführer diese Wut denn nicht? »In zwanzig Jahren haben mich die Leute noch nie so gedrängt«, ruft Hanaus IG Metall-Chef und Streikleiter Michael Pilz. Selbst die Unorganisierten machen Druck, in drei Wochen haben sich 300 organisiert. Nicht-Mitglieder muss man jetzt mit der Lupe suchen.

Die Geschäftsleitung will reden – nach drei Wochen Aktionen. Als die IG Metall-Delegation das Verhandlungszimmer betritt, sitzt schon ein alter Bekannter am Tisch. Der Mann ist Unternehmensberater. »Herr Lie (Lüge)«, sagen die Metaller, »Mafia, nicht mit dem«. Die VAC muss ihren Berater abziehen, aber nach einer Stunde ist das Gespräch vorbei. »Jetzt ist Schluss mit Sonntagsaktionen nach der Kirche. Wir müssen streiken«, ärgert sich Thorsten Viel, der so sanft dreinblickende VK-Leiter.

Nur Eisele hat weiter Spass. Gegen 22 Uhr packt er Sonnenschirm und zwei Stühle aus seinem Auto und stellt die Sitzgruppe vors Werk. Ein Stuhl ist für »Herr Schild« reserviert, der andere für ihn. Schließlich rennt er durch den Betrieb und sucht den IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild. Die Nachtschicht

Sep
2
September

schüttelt nur den Kopf. »Die spielen mit uns«, giftet Conny Gramm am anderen Tag.

Das Spiel verletzt, ebenso der Brief, mit dem die Geschäftsleitung »die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« ködern will. Zwei Jahre keine Lohnerhöhung, bis zu 40 Wochenstunden, kein garantiertes Urlaubsgeld, nach zwei Jahren vielleicht sechs Prozent mehr – wenn die Banken mitmachen. In zehn

Jahren würde das jeden eine Eigentumswohnung kosten, hat die IG Metall flugs bilanziert. Ruckzuck ist die Tonne für faule Briefe am Werkstor gefüllt. »Sie reden und schauen dir in die Augen, und du weißt, dass du belogen wirst«, schimpft Betriebsratsmitglied Wolfgang Dohn.

Sep
11
September

Fünf Uhr, Schichtwechsel.

Die »Grüne Straße« vor der VAC ist rot gefärbt – nachdem über 92 Prozent für Streik gestimmt haben. Rote Streikwesten, rote Fahnen, rote Käppies. Die Arbeiter der Nachtschicht kommen klatschend raus, zünden Fackeln an und bauen sich vor dem Haupttor auf. »Noch zehn Posten vor das Verwaltungsgebäude, um Eisele zu empfangen.« Zwei Minuten später ist auch dieser Eingang blockiert, das Vorzeigeunternehmen VAC lahm gelegt.

Siegt jetzt doch die Gerechtigkeit? Sascha Raabe, der Bundestagsabgeordnete, steht am Mikrofon und will das Thema VAC in die SPD-Fraktion mitnehmen. Auch die Bundeskanzlerin ist informiert. IG Metall-Bezirksleiter Schild hat sie am Vorabend persönlich aufgefordert, etwas zu tun. »Wem nützt es denn, wenn Finanzinvestoren gesunde Betriebe erst aussaugen und dann ausspucken?« Nur den Heuschrecken, soviel ist klar. Jetzt, wo gestreikt wird, erinnern sich die Politiker vielleicht, dass die Verfassung etwas anderes vorsieht.

Es dämmt schon. Die ersten Soli-Gruppen treffen ein. »Ist das ein Sauladen hier«, tragen Metallerinnen und Metaller aus der Automobilindustrie vor. Sie sind extra von der IG Metall-Bildungsstätte in Bad Orb herübergekommen. Das Schifferklavier jauchzt durch die Grüne Straße, und die Streikenden lachen ausgelassen.



BR-Vorsitzende Gramm an vorderster Front

Sep
17
September

Kommt die Geschäftsleitung zur

Besinnung? Ach, sie ruft nur die Arbeitsgerichte an, um den Streik verbieten zu lassen. Na und? Die Arbeitsrichter weisen das beantragte Verbot endgültig zurück. Jetzt spüren die Eiseles, dass ihr Spiel verloren ist. Noch am gleichen Tag – es ist der sechste Streiktag – teilen sie mit, dass es zurück in den Flächentarif geht. »Wir freuen uns riesig«, jubelt Conny Gramm. »Wir haben auf der ganzen Linie gewonnen.« Genau eine Woche nach Streikbeginn zieht die Belegschaft in einem Demonstrationszug ins Werk. Das hat sich gelohnt, signalisieren strahlende Gesichter.

Klar, ein paar Dinge sind noch zu klären. Eisele will plötzlich Personal abbauen. »Das klären wir nächste Woche im Paket«, sagt Streikleiter Pilz.

Das Ergebnis der Urabstimmung lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. ■

Fritz Arndt@igmetall.de

► www.vac-tarifflicht.de



Fotos: Sascha Rheker / atenzione-photo.com

Zurück in den Betrieb, der Streik ist gewonnen.



Anzeige

DER LESER HAT DAS WORT

Tötungsmaschinen

metallzeitung 9/2008, Aktuell,
»Antikriegstag – Zivile Projekte sichern mehr Arbeitsplätze«
 »Ich halte es für falsch, im Zusammenhang mit Rüstung überhaupt von »sicheren« Arbeitsplätzen zu sprechen. Sicher ist, dass die Rüstungsindustrie maximalen Profit macht. Dass die Rüstung Milliarden Steuergelder verschlingt, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen dringend gebraucht werden. Dass Forschung und das Wissen von Arbeitern und Technikern zur Entwicklung immer besserer Tötungsmaschinen – und damit völlig falsch – eingesetzt werden. Und der Einsatz dieses Rüstungsmaterials Tod und Zerstörung zur Folge haben. Rüstung ist wie ein Krebsgeschwür, das beseitigt werden muss.«

Hans-Dieter Stimpfig, Kassel

Gängige Praxis

metallzeitung 10/2008, Aktuell,
»Randstad klagt Leiharbeitern Stunden durch unerlaubte Verrechnung«
 »Das ist doch nichts Neues und auch bei anderen Leihfirmen gängige Praxis. Ich habe die Wahl, vorhandene Missstände hinzunehmen oder auch nicht. Doch ich vermisste in dem Beitrag, welche Konsequenz das Verhalten für Randstad hat. Die Mitteilung allein, dass Randstad dies und das getan hat, ist schön, ja. Und weiter? Wird Randstad die Lizens für Zeitarbeit entzogen werden? Ist das überhaupt möglich? Oder ab wann und bei welcher Schwere sind rechtliche Maßnahmen, wie das Entziehen der Lizens für Zeitarbeitsfirmen, überhaupt vorgesehen oder möglich?«

Ludwig Wetzstein, Berlin

»Auch mich hatte das öfter getroffen, als ich bei Randstad beschäftigt war. Außer, dass ich meine Überstunden verbotenerweise für die Nichteinsätze aufbringen musste, wurde von mir auch noch verlangt, jederzeit abrufbereit zu sein, um sofort zum nächsten Einsatz zu können. Diese »Rufbereitschaft« wurde mir täglich nur mit zwei

Arbeitsstunden vergütet. Von anderen Kollegen erfuhr ich, dass einige von ihnen bei einem Nichteinsatz sogar den ganzen Tag im Büro des zuständigen Disponenten verbringen und dort auf den nächsten Einsatz warten mussten. Auch hier wurde mit den Zeitkonten jongliert.«

Rainer Zuther, Ludwigshafen

Komplett abschaffen

metallzeitung 9/2008, Aktuell,
»Alle Pendler sind gleich«
 »Mit einem Arbeitsweg von gut 20 Kilometer (einfach) bin ich direkt von der geänderten Pendlerpauschale betroffen. Dennoch halte ich die aktuelle Regelung für richtig – wenn auch halbherzig. Man sollte die Pendlerpauschale komplett abschaffen und durch einen Zuschuss für Personen ersetzen, die übermäßig betroffen sind. Solange sich Jahr für Jahr die Staatsverschuldung erhöht, ohne dass künftige Generationen im Gegenzug wenigstens eine optimale Bildung erhalten, halte ich Wohltaten

wie die Pendlerpauschale für unangemessen. Ich bin freiwillig aufs Land gezogen. Warum sollte die Allgemeinheit das bezuschussen?«
Helmut Moersig, Ismaning

»Je nach Fahrzeug kostet ein gefährlicher Kilometer etwa 30 bis 40 Cent. Vor diesem Hintergrund frage ich mich, was sich die IG Metall dabei nur gedacht hat, eine Pendlerzulage von 8,5 Cent pro Kilometer zu fordern.«

Anonymer Leser

(Un-)coole Kindersprache

metallzeitung 10/2008, Titel,
»Junge in der IG Metall«
 »Die Ausgabe zeigt deutlich, warum es der IG Metall immer weniger gelingt, junge Menschen zu werben. Ihr schreibt auf Seite 30 »Wir sind keine Versicherung, eher so etwas wie eine Gang«. Jugendliche, die ins Arbeitsleben eintreten, wollen ernst genommen und nicht mit einer coolen Kindersprache für blöd verkauft werden.«
Christoph Cavazzini, Gießen

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unser Service-Telefon ist wieder erreichbar. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Rufnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS

**➔ ZUG UND BAGGER**

Ein Bild, das unser Kollege Timo Joos nach Feierabend fotografiert und dann mit seinem Bildbearbeitungsprogramm in vielen Einzelschritten kreativ bearbeitet hat. »Ich finde, selbst im Stand sieht der Bagger aus, als ob er gleich arbeiten wollte«, so

Joos' eigene Intention der Szene. Joos ist neben seiner Ausbildung als Mechatroniker bei Bosch in Waiblingen leidenschaftlicher Hobby-Fotograf und hat sich gleich von seinem ersten »Gehalt« eine digitale Spiegelreflexkamera gekauft. Die Redaktion wünscht weiter viel Erfolg!

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis eine ScanDisk SDHC Speicherkarte ULTRA II mit 8 Gigabyte. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI SABINE LEISTEN

Arbeit und Leben im Spannungsfeld

Sabine Leisten, 43, ist Mitglied des Aufsichtsrats beim Walzwerkhersteller SMS Demag in Hilchenbach bei Siegen. Die Ingenieurin für Qualitätssicherung kam nach der »Wende« aus Thüringen. Bei der IG Metall arbeitet sie unter anderem im Strategiekreis Ingenieure mit. Aber: alles nur Teilzeit – 30 Stunden die Woche.



Foto: Matthias Jung

Sabine Leisten kennt ihr Ziel: Kompetent einmischen, von Anfang an.

»Ich bin in Betriebsrat und Aufsichtsrat, um mitzubestimmen statt ohnmächtig zuzusehen«, sagt Sabine Leisten. Ihre Erfahrungen im Osten haben sie geprägt. Als sie 1990 mit dem Studium fertig war, brach dort alles zusammen. Tausende Arbeitsplätze wurden vernichtet. Auch der Betrieb, in dem Sabine anfing, wurde geschlossen. Ein Glück: Sie hatte sich konsequent weitergebildet. 1992 fand sie Arbeit bei SMS Demag in Hilchenbach bei Siegen.

Aufsichtsrat des Monats

Der DGB stellt Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmitglieder vor. Sabine Leisten ist erste:

► www.dgb.de/aufsichtsrat

Dort tat sie sich anfangs schwer. »In meinem Betrieb im Osten kannte ich die meisten innerhalb eines Monats. Doch hier sind die Leute anfangs sehr verschlossen – aber dann auch sehr verlässlich, wenn erst mal Vertrauen da ist.«

Ein Jahr wollte sie ursprünglich bleiben. Jetzt ist sie hier daheim.

In die IG Metall ist Sabine gleich nach dem Studium eingetreten. »Im Osten war das auch für Ingenieure normal. Da gab es weniger Distanz zwischen Akademikern und Arbeitern.«

In die Produktion ging Sabine schon während des Studiums gerne. Auch bei SMS ist sie von Anfang an oft in der Fertigung. »In der Qualitätssicherung lernt man

vielen kennen – und wie alle Bereiche voneinander abhängen.«

Zwei Jahre später wurde sie in den Betriebsrat gewählt. Seit 2006 ist sie Mitglied des Aufsichtsrats. Zukunftssicherung und Innovation sind ihre Ziele. Das heißt: kompetent einmischen, von Anfang an. Und »besser statt billiger«. Diese aus Siegen kommende IG Metall-Kampagne hat die »Qualitätsfrau« Sabine Leisten »mitten ins Herz« getroffen, wie sie sagt. Nur durch die Weiterentwicklung und Pflege von Technologien und dem Wissen der Beschäftigten sind Arbeitsplätze für sie langfristig zu sichern.

»Das geht nur durch die Symbiose von Konstruktion, Entwicklung, eigener Fertigung, Außendienst und kaufmännischen Bereichen.«

Für diese Einheit arbeitet Sabine. Die Hälfte der 2200 Beschäftigten am Standort sind Ingenieure und technische Angestellte. Doch hier gibt es kaum Barrieren zwischen ihnen, den Produktionsbeschäftigten und dem Betriebsrat. Im Betriebsrat sitzen Fachleute aus allen Bereichen.

»So können wir dem Arbeitgeber fachlich Paroli bieten, etwa wenn es um Investitionen oder Outsourcing geht«, erklärt Sabine. »Denn auch wenn wir im Grunde ein Familienbetrieb sind: Das Spannungsfeld zwischen Arbeit und Kapital ist immer da.«

Ein anderes Spannungsfeld: Sabine ist auch Mutter eines neunjährigen Sohnes. Deshalb ist sie auf 30 Wochenstunden heruntergegangen. »Das ist nicht einfach – aber es lässt sich organisieren. Da braucht man auch das Verständnis der Kolleginnen und Kollegen.«

Jetzt will sie das Thema Familie und Beruf im Betrieb vorantreiben.

»Ich hatte viele schwierige Situationen – im Betrieb wie privat. Und trotzdem: Ich wollte mich nie entscheiden: Entweder – oder.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Anzeige

RECHT SO

Arbeit und Religion: Muss der Chef alles tolerieren?

metallzeitung: Generell ist das bloße »Haben« einer Religion weniger problematisch. Kritisch wird es, wenn es um die praktische Ausübung am Arbeitsplatz geht. Doch wie viel Toleranz in punkto Religionszugehörigkeit können und dürfen Beschäftigte von ihrem Arbeitgeber überhaupt erwarten?

Carsten Schuld: Wegen des Streits um das sogenannte Kopftuchverbot ist die Diskussion um Religionsausübung am Arbeitsplatz in die Öffentlichkeit getragen worden. Die Bundesländer verbieten ihren Beschäftigten – vor allem Lehrern, religiöse Symbole zu tragen. Nach Ansicht der Kultusminister würde dadurch die Pflicht zur religiösen Neutralität des Staates verletzt. Und: Von Behörden und Gerichten wird das Tragen eines Kopftuchs als eine politische Demonstration für den Islamismus verstanden.

Diese Verpflichtung zur religiösen Zurückhaltung gilt für Teile des öffentlichen Dienstes. In der Privatwirtschaft können Arbeitgeber das Tragen religiöser Symbole nur verbieten, wenn sie objektive Gründe haben. So können zum Beispiel Kopftücher oder Turbane der Sikh dem Unfallschutz oder hygienischen Bestimmungen zuwiderlaufen. Ansonsten wird der Arbeitgeber Bekenntnisse zur Religion dulden müssen.

Schwieriger ist es bei der Religionsausübung. Gibt es im Betrieb eine Kantine, dann können hinduistische oder muslimische Beschäftigte

verlangen, dass auch vegetarisches Essen oder ein Gericht ohne Schweinefleisch angeboten wird. Das stellt keinen unzumutbaren Aufwand dar. Hiervon oder von zu hohen Kosten ist die Rede, wenn nur einer oder sehr wenige Kollegen koscher essen wollen.

Während der normalen Pausen darf jeder Arbeitnehmer seine Gebete abhalten. Unbezahlte Extrapausen für Gebete können nur verlangt werden, wenn dies die betrieblichen Abläufe nicht stört. Für Feiertage und religiösen Feiern nicht-christlicher Religionen müssen sich Arbeitnehmer Urlaub nehmen, da hierzulande bislang nur die christlichen Hochfeste gesetzliche Feiertage sind. Wem sein Glaube die Arbeit an bestimmten Tagen verbietet, dem kann Urlaub nur unter ganz besonderen Umständen verweigert werden. ■

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

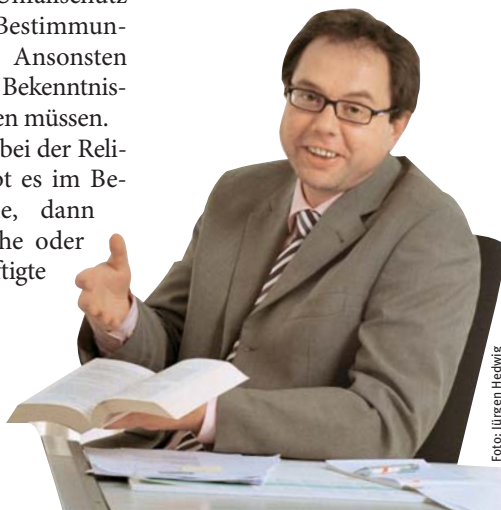


Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

ALTERSVORSORGE



»Ein preiswertes Angebot

Wie viel Altersvorsorge braucht der Mensch? Auszüge aus einer Diskussion mit Helga Schwitzer, IG Metall-Vorstands-Mitglied, zuständig für Tarifpolitik, Lars Gatschke, Referent Bundesverband der Verbraucherzentrale, und Heribert Karch, Geschäftsführer Metallrente.

metallzeitung: Hat die IG Metall die gesetzliche Rente nicht mit der Gründung eines eigenen Versorgungswerks geschwächt?

Helga Schwitzer: Nein, ich denke wir brauchen beides. (...) Man muss die Situation 2001 sehen. Die rot-grüne Koalition hatte die paritätische Finanzierung der Rentenversicherung aufgegeben. Die Vorsorge fürs Alter wurde zu Lasten der Arbeitnehmer verschoben, sie sollen vier Prozent

ihres Einkommens in die Rentenfinanzierung stecken. Wir sind dagegen auf die Straße gegangen. Wir konnten es nicht verhindern. (...) Für uns ging es darum, ein Angebot für eine betriebliche Altersvorsorge aufzubauen. Uns war klar, dass sich die Versicherungswirtschaft nach dieser Vorlage der Regierung auf die Beschäftigten stürzen wird. (...)

Heribert Karch: Die Tarifparteien haben richtig gehandelt. Wir werden den Rückzug des Staates bei der Altersvorsorge nicht mehr rückgängig machen. Deshalb muss neben die gesetzliche Rente die betriebliche Rente als zweite Säule der Altersvorsorge treten. Dafür haben wir ein Angebot geschaffen, auf das sich unsere Arbeitnehmer verlassen können.

Lars Gatschke: Für uns hat die betriebliche Altersvorsorge immer noch Haken und Ösen. Bei der betrieblichen Riesterrente haben wir etwa das Problem der doppelten Verbeitragung. Die Men-



Richtig vorsorgen: Lars Gatschke, Helga Schwitzer und Heribert Karch (v.l.n.r.)

Foto: Frank Rumpenhorst

ot für die Mitglieder»

schen zahlen ihre Beiträge aus Einkommen, von dem sie bereits Sozialabgaben abgeführt haben, und müssen später auf ihre Riesterreente noch einmal Sozialabgaben zahlen. Bei privaten Riesterverträgen ist das nicht so. Für die Verbraucher ist das alles schwer zu unterscheiden. (...)

metallzeitung: Welche Vorteile hat das Versorgungswerk für Metaller und Metallerinnen?

Schwitzer: Wir haben uns die Kosten für private Vorsorgeverträge angeschaut. Nach unseren Berechnungen 2001 hätten die erheblichen Provisionen der Makler und Vertreter die Rentenansprüche um bis zu einem Drittel verschlechtert. Deshalb wollten wir unseren Beschäftigten ein gutes und preiswertes Angebot machen. (...)

metallzeitung: Was machen all jene, die sich von ihrem Einkommen überhaupt keine

Altersvorsorge leisten können?

Gatschke: Für Geringverdiener ist das wirklich ein Problem. Da sind etwa die für die Riesterförderung notwendigen vier Prozent vom Bruttoeinkommen eine Menge Holz. Aber der Verbraucher steht nicht nur im Regen, wenn er sich eine Absicherung nicht leisten kann. Vielfach bekommen Menschen mit sogenannten »schlechten Risiken« überhaupt keine Versicherung. Dieses Phänomen sehen wir etwa bei der Berufsunfähigkeitsversicherung. Der Staat bietet für junge Menschen keinen Schutz, und auf dem privaten Markt werden viele von ihnen bei der Risikoprüfung aussortiert. Deshalb ist es der komplett falsche Weg, die staatlichen Systeme immer weiter abzubauen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Das komplette Gespräch gibt es im Internet unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

WAS UNS BESCHÄFTIGT ...



Foto: Mathias Emert

Die Metaller Johannes Reich, Ralf Kronig und Eberhard Schick (v.l.n.r.).

»Wir sind Metaller und keine trojanischen Pferde«

metallzeitung sprach mit den drei Initiatoren, die 2006 beim SAP-Hauptsitz die erste Betriebsratswahl durchgesetzt haben.

metallzeitung: Zwei Jahre SAP-Betriebsrat. Welche Bilanz könnt ihr heute ziehen?

Ralf Kronig: Wir werden oft mit dem sogenannten »Trojaner« verglichen. In den Augen der Unternehmensleitung sollen wir ein Virus sein, der im Auftrag der IG Metall die SAP-Harmonie zerstören will. Totaler Quatsch. Jetzt ist es ruhiger geworden. Wir können endlich wichtige Themen, wie ein transparentes Gehaltssystem oder die Vertrauensarbeitszeit, in Angriff nehmen. Aber es gibt auch Phasen, in denen uns Vorgesetzte oder andere kritisch beäugen. Zum Beispiel, wenn wir an einer IG-Metall-Weiterbildung teilnehmen wollen.

Eberhard Schick: Bei aller Kritik sagen wir auch: Der Betriebsrat ist endlich »angekommen« und spielt sich mehr und mehr ein. Selbst den arbeitgebernahen Gruppen macht die Arbeit im

Betriebsrat richtig Spaß. Allerdings ist mir nicht immer klar, welche Interessen und Belange an erster Stelle stehen.

metallzeitung: Der Betriebsrat musste bei Null anfangen. Was ist bisher erreicht worden?

Johannes Reich: Es gibt verschiedene Betriebsvereinbarungen, was bei SAP ein Novum ist. So haben wir vereinbart, dass Stellengangebote intern auszuschreiben sind. Für die Besetzung haben wir Auswahlrichtlinien erarbeitet.

Zudem gibt es jetzt eine sogenannte Schiedsstelle. Mitarbeiter können sich an diese paritätisch besetzte Kommission wenden, wenn beispielsweise ihre Arbeitsleistung falsch oder unzureichend vom Chef bewertet wurde. Denn von dieser Beurteilung hängt ab, ob jemand mehr Geld bekommt oder nicht. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

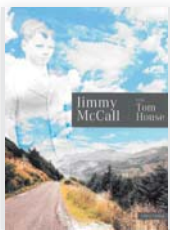
Die Story »Pro Betriebsrat«

Die SAP AG in Walldorf ist führender Anbieter von Unternehmenssoftware und hat weltweit etwa 51 000 Beschäftigte. Gegen eine Mitbestimmung haben sich Vorstand und Belegschaft stets gestraubt. Ohne die Initiative »Pro Betriebsrat« gäbe es bis heute keinen Betriebsrat. Im Juni 2006 wurde der SAP-Betriebsrat gewählt, als letzter unter den 30 DAX-Konzernen. Die gewerkschaftsnahe Liste erhielt 8,89 Prozent der Stimmen und drei von 37 Sitzen und ist damit die drittstärkste Gruppe im Betriebsrat. ► www.sapler.igmetall.de

LAUT UND LEISE

Jimmy McCall: Hunger, Prügel, Kinderlähmung

Eine harte Nachkriegs-Kindheit in Schottland: Not, Schmerz, Kinderlähmung. Trotzdem Zuversicht. Das beschreibt Tom House in seinem autobiografischen Roman. Er wird Soldat mit 15 Jahren, wechselt später zum Geheimdienst. 1971 steigt er aus, geht nach Deutschland



und arbeitet dort als Systemprogrammierer. Er wird IG Metall-Vertrauensmann und Betriebsrat. 1994 gründet er eine Computerfirma, bleibt aber immer Metalller. Die Folgen der Kinderlähmung zwingen ihn, mit 54 Jahren aufzuhören. Heute malt er, macht Musik und schreibt Bücher. **de**

Tom House: »Jimmy McCall«, Rottweil 2008, 202 S., 14,30 Euro
► www.tom-house.eu

Ernesto Kroch: Ein Metalller im Widerstand

Widerstand auf zwei Kontinenten: Gegen die Nazidiktatur kämpfte der junge Metallarbeiter und Jude Ernesto alias Ernst Kroch im Untergrund und kam ins KZ Schloss Lichtenburg. Ernesto floh nach Uruguay. Dort kämpfte der Gewerkschafter im Widerstand gegen die Militärdiktatur – und floh im Jahr 1982 wieder nach Deutschland. Heute lebt und kämpft der 91-

jährige Globalisierungskritiker mit seiner Partnerin in beiden Welten. Der Filmemacher Martin Keßler begleitet sie: In verarmte Dörfer in Uruguay, zur vom Ausbedrohten KZ-Gedenkstätte Lichtenburg, bei einer Anti-Nazi-Demo. Zwei Filme, unter anderem gefördert von der Otto Brenner Stiftung der IG Metall. **de**

Hier gibt es Infos und die Filme:
► www.NeueWut.de
Erwerbslose, Schüler, Studenten, Rentner ermäßigt ab 14,90 Euro



MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

RÄTSEL – DIE GEWINNER IM AUGUST

Das Lösungswort aus der August-Ausgabe der **metallzeitung** lautet: **Steuerflucht**

Erster Preis: Eine Oral-B-Station »Professional Care 5500« von Braun, Friedrich Maritschnigg, Lemgo

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Lotte – im Koffer«. Ulla Häffner, Nördlingen

Dritter Preis: Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«. Bernhard Brox, Wadersloh

In dieser Ausgabe der metallzeitung gibt es ausnahmsweise kein Rätsel. Die November-Ausgabe wird wieder mit Rätsel erscheinen.

GUTER RAT

Steuererklärung ist auch für viele Rentner Pflicht

Der Wirbel um die neue Steuernummer hat viele Ruheständler verunsichert. Wer muss denn nun eine Steuererklärung abgeben?



Auf die »Anlage R« müssen Rentner sämtliche Einnahmen eintragen.

Steuererklärung für Rentner? Verantwortlich ist das Alterseinkünftegesetz, nach dem seit 2005 Rentner erheblich stärker besteuert werden. Viele Renten bleiben zwar steuerfrei, aber oft liegt die Summe der einzelnen Einkünfte höher, so dass Senioren stärker zur Kasse gebeten werden.

Neurentner müssen mehr als die Hälfte versteuern. Wer ab 2040 in den Ruhestand geht, ist für die gesamte Rente steuerpflichtig. Der Steueranteil hängt vom Renteneintrittsalter ab und steigt jedes Jahr.

Die Servicegesellschaft der IG Metall bietet für Gewerkschaftsmitglieder bei rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen eine gute und günstige Steuerberatung an. Dort können Mitglieder auch Rat und Hilfe bei der Versteuerung von Renten bekommen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Infos zu Lohnsteuerhilfvereinen:

► www.igmservice.de

Rechner der Stiftung Warentest:

► www.test.de → Test + Themen

→ Steuern + Recht → Rechner

Mehr zum Thema

Wer den jährlichen Grundfreibetrag von 7664 Euro Rente übersteigt, muss eine Steuererklärung abgeben. Rentner sollten in jedem Fall prüfen, ob sie steuerpflichtig sind, bevor sich das Finanzamt bei ihnen meldet. Sie sollten eine Steuererklärung abgeben und die »Anlage R« ausfüllen: Dort werden alle Einkünfte angegeben.

Wer allein mit seiner Rente doppelt so viel wie den Grundfreibetrag hat, der gerät in die Nähe der Steuerpflicht. Dieser Wert ändert sich jedoch mit dem Renteneintrittsalter und liegt bei einem Rentenbeginn im Jahr 2007 bei etwa 16500 Euro. Bei einem Ehepaar verdoppelt sich der Betrag. Doch Rentner mit weiteren Einnahmen, wie Mieteinnahmen, Kapitalerträge, Betriebsrenten, eine private Zusatzversorgung oder einen Nebenjob, müssen diese versteuern.

DA GEHT WAS

Harter Kampf für feste Jobs

Der Betriebsrat bei EHH-Autotec in Bremerhaven legt viel Wert auf Arbeitsqualität. Daher hat er mit einer Betriebsvereinbarung die Anzahl der Leiharbeiter begrenzt. Sobald eine Quote überschritten wird, sind neue Einstellungen angesagt. Das hat dem Kfz-Betrieb schon 150 neue Arbeitsplätze gebracht. Und jede Menge neue IG Metall-Mitglieder.



Foto: Carmen Jaspersen

EHH-Betriebsräte – in der Mitte Vorsitzender Bode – haben sich durchgesetzt und Leiharbeit begrenzt.

Vom EHH-Betriebsratsbüro in Bremerhaven fällt der Blick direkt hinunter auf den Hafen. Dutzende Ladekräne recken die Hälse in den Himmel, die riesigen Frachter sehen wie Hochhäuser aus. Sie sind mit Autos aus Übersee vollgestopft, die auf den Landgang zu den Händlern warten.

Davor steht allerdings die Inspektion der EHH-Mechaniker.

Der Transport von asiatischen oder von amerikanischen Autofabriken nach Europa kann Spuren auf den Karossen hinterlassen.

»Im Jahr verarzten wir über 400 000 Fahrzeuge«, sagt Betriebsratsvorsitzender Michael Bode. Immer häufiger fallen auch Umbauten an. Spoiler müssen nachgerüstet werden, Stereoanlagen oder Gastanks eingebaut,

neue Lackierungen aufgetragen oder Reifen ausgewechselt werden. »Mit inzwischen rund 520 Beschäftigten sind wir die größte Kfz-Werkstatt Europas«, schmunzelt Michael Bode, »wir gehören zu denen, die von der Globalisierung profitieren.«

Drinne, im Betriebsratsbüro, ist eine Wand mit hunderten bunten Fähnchen gespickt. Jedes

Fähnchen symbolisiert einen festangestellten Beschäftigten. Sie sind den jeweiligen Abteilungen zugeordnet.

Die Leiharbeiter sind an einer Tafel gegenüber markiert, und jeder Wechsel wird akribisch registriert. Betriebsratsmitglied Michael Przybylski: »Alle drei Monate ziehen wir Bilanz.« Betriebsrat und Beschäftigte haben nämlich eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, die die Anzahl der Leiharbeiter auf 65 begrenzt. Werden dennoch mehr eingesetzt, müssen zusätzliche feste Stellen geschaffen werden. Den Schlüssel dafür gibt die Betriebsvereinbarung vor. Bisher hat das schon 150 neue Einstellungen gebracht.

Für diese Betriebsvereinbarung hat der Betriebsrat lange gekämpft – nachdem die Anzahl von Leiharbeitern und Tagelöhnern ausgeufert war und jeder zweite Beschäftigte von einer Verleihfirma kam. »An einem Tag wurden sie eingearbeitet«, ärgert sich Przybylski, »und am nächsten waren sie schon wieder weg.« Kein Wunder, dass die Qualität der Arbeit litt.

Immer lauter forderte deshalb der Betriebsrat zusätzliche Festeinstellungen. Doch die Geschäftsleitung blockte jedes Mal ab und diskreditierte die Betriebsräte als Arbeitsplatzvernichter. Die bedankten sich umgehend und ließen fortan keine Mehrarbeit mehr zu. Parallel gingen Unterschriftenlisten für Festeinstellungen um. »Wir hatten zwei Jahre Krieg«, erinnert sich Bode.

Am Ende organisierten sich immer mehr Beschäftigte in der IG Metall, und die Geschäftsleitung lenkte schließlich ein. Bode: »Rund 70 Prozent sind heute organisiert.« Vor wenigen Jahren lag dieser Anteil noch im Promille-Bereich. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Infos über die Betriebsvereinbarung gibt es beim Betriebsrat:

► ehh-betriebsrat@gmx.net
► Telefon: 0471-48295-224

PRODUKT DES MONATS

Opel-Azubis entwerfen Corsa für jung gebliebene

»Wir wollten ein Auto von Jugendlichen für Jugendliche bauen«, berichtet Nicole Balz von der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in Rüsselsheim.

Auszubildende aller Berufe und aller Opel-Standorte, aus Bochum, Eisenach, Kaiserslautern und Rüsselsheim, waren dabei. In zwölf Arbeitsgruppen arbeiteten sie in ihrer Freizeit Entwürfe aus. »Da wurden wir mal anders gefordert. Das hat Spaß gemacht«, sagt Miriam Scherer aus Bochum, die Kauf-frau für Bürokommunikation werden will. Sie gestaltete Präsentationen für das Marketing.

Ein sportliches Sondermodell, auf Jugendliche zugeschnitten, kam heraus. Doch die wenigsten rechneten damit, dass der Azubi-Corsa tatsächlich gebaut wird. Bis der Gesamt-JAV-Vorsitzende Peter Junghanns bei einer Konferenz spontan Opel-Chef Hans Demant die Entwürfe zeigte.

Nach der Präsentation bei der Geschäftsführung war klar: Der Azubi-Corsa wird gebaut – in einer »Limited Edition« von 1000 Stück ab 15 000 Euro. Ein Riesen-

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung hatte die Idee. 120 Azubis an allen Opel-Standorten machten mit. Ihre 1000 Corsa »Limited Edition« waren innerhalb von vier Wochen ausverkauft.

MITMACHEN

Zu gewinnen!

Die **metallzeitung** sucht junge Metall-rinnen und Metaller bis 30 Jahre, die – wie die Opel-Azubis – eine tolle Idee zur Produktreife gebracht haben. Schickt uns bis zum 31. Oktober euer Projekt. Eine Jury prämiert die beste Idee. Der Gewinn: Ein **Opel Corsa »Limited Edition«**. Das letzte Exemplar! Per E-Mail an: **Produkt@igmetall.de**

Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Frank Rumpenhorst

Der Corsa »Limited Edition« – von Opel-Azubis entworfen.

Erfolg: Schon vier Wochen nach Markteinführung Ende Juni war der Azubi-Corsa ausverkauft.

Schade: Im Prospekt und Internet steht nichts davon, dass

Azubis die Macher sind. Immerhin: Die Medien wurden über den Azubis-Corsa informiert. »Wir haben unser Ziel erreicht«, meint Norman Rose, JAVi in Ei-

senach, wo der Corsa gebaut wird. »Wir wollten beweisen, dass wir Azubis was können und was wert sind.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

IN KÜRZE

Weiterbildungstests

Zum Thema Weiterbildung für Arbeitslose hat die Stiftung Warentest eine Infobroschüre neu aufgelegt. Der Ratgeber »Perspektiven für Arbeitslose« kann kostenlos über das Internet abgerufen werden. Erwerbslose erfahren dort, wie sie an geförderte Kurse der Arbeitsagenturen kommen. Es werden Förderprogramme für diejenigen vorgestellt, die es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben: ältere Arbeitnehmer, Jugendliche und Wiedereinsteigerinnen nach der Familienphase.

► www.test.de

→ Test + Themen → Bildung + Soziales → Infodokumente

Minijob anrechnungsfrei

Auszubildende, die von der Arbeitsagentur Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder Ausbildungsgeld (Abg) erhalten, dürfen seit 1. August bis zu 400 Euro im Monat in einem Minijob dazuverdienen. Der Verdienst wird nicht auf die Beihilfe angerechnet. Der Freibetrag von 255 Euro war bislang für die BAB und das Abg nur beim Besuch bestimmter im Gesetz genannter Ausbildungsstätten eingeräumt worden. Die Berufsausbildungsbeihilfe kann auch nach Ausbildungsstart beantragt werden. Gezahlt wird rückwirkend, aber nur vom Beginn des Monats an, in dem die Förderung beantragt wurde.

► www.babrechner.arbeitsagentur.de

Die neue Vätererfahrung

Mit dem Elterngeld will die Regierung auch Vätern die Heimarbeit am Wickeltisch schmackhaft machen. Welche Erfahrungen Eltern mit den neuen Regelungen in den ersten zwei Jahren gemacht haben, will das Berliner Institut SowiTra gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung untersuchen. Es geht vor allem um zwei Fragen: Wie teilen sich Väter und Mütter die Elterngeldmonate auf? Und wie reagieren Vorgesetzte und Kollegen, wenn die Papis einige Monate aussteigen? Väter können im Internet über ihre Erfahrungen berichten.

► www.vaeter-in-elternzeit.de

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB



Illustration: Lushpix

Die virtuelle Bewerbung

Ob per E-Mail oder über ein Internet-Formular: Die Online-Bewerbung liegt im Trend. Aber aufgepasst – auch hier sind einige formale Vorgaben zu beachten, um mit der Bewerbung zu punkten. Denn: Für die elektronische Bewerbung gelten die gleichen Regeln wie für den Brief.

Die Form einer Bewerbung bringt immer mehr Arbeit Suchende ins Grübeln: Wähle ich den Postweg oder benutze ich eine E-Mail? Wurde die Stellenanzeige im Internet aufgegeben, können Bewerber davon ausgehen, dass sie einen Personalchef vorfinden, der moderne Kommunikationsmittel zu schätzen weiß. In der Praxis haben sich zwei Varianten durchgesetzt: Das Online-Bewerbungsformular oder die Bewerbung per E-Mail.

Per Online-Formular: Große Unternehmen bieten auf ihrer Internetseite oft ein Bewerbungsformular an. Ist das der Fall, sollte auf die E-Mail verzichtet und das Formular benutzt werden.

Zudem sollten bei diesen Formularen auch die Freitext-Felder sorgfältig ausgefüllt werden. Denn der Empfänger möchte einen strukturierten Überblick über die Bewerbung erhalten, die er dadurch auch bekommt.

Per E-Mail: Bewerbungen sollten nur an eine konkrete Person, nicht an eine allgemeine E-Mail-Adresse geschickt werden. In der Regel genügt eine Kurzbewerbung, also Anschreiben und Lebenslauf. Auch sollten Datei-Anhänge nicht größer als ein Megabyte sein. Bewerber sollten für ihre Anlagen die gängigen Office-Formate, wie Word, Pdf oder Rtf verwenden. Werden weitere Unterlagen gewünscht, können diese immer noch nachgereicht werden.

Ob per E-Mail oder Internet – für die Online-Bewerbung gelten die gleichen Regeln wie für die Papierform: Die Anrede sollte formal und korrekt, der Text kurz und prägnant sein. Flapsige Formulierungen oder Duzen sind tabu. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Tipps und Infos

■ Online-Bewerbungen weisen oft Mängel wie Rechtschreibfehler, unvollständige und grammatikalisch falsche Sätze sowie flapsige Bemerkungen auf. Solche Fehler sollten dringend vermieden werden. Mit einem fehlerfreien Schreiben sind Bewerber immer im Vorteil, da ein Betrieb einen ersten und oft entscheidenden ersten Eindruck erhält. Einen kostenlosen »Leitfaden für die effektive Bewerbung« gibt es auf der Webseite des Bund-Verlags unter: ► www.arbeitsrecht.de → Service

► www.igmetall.de/metallzeitung

AUF DEM PRÜFSTAND

Der Stromfresser hängt an der Wohnzimmerwand

Wenn die Stromkosten steigen, gerät schnell der Kühlschrank unter Verdacht. Kaum einer denkt dabei an den neuen Fernseher, der die halbe Wohnzimmerwand schmückt. Stéphanie Zangl vom Freiburger Öko-Institut hat nachgerechnet. Während ein effizienter Kühlschrank 200 Kilowattstunden pro Jahr verbraucht, kommt ein großer Plasmafernseher, der täglich vier Stunden läuft, auf das Vierfache.

Da frisst sogar mancher alte Röhrenbildschirm weniger Strom. Das hat verschiedene Gründe, erklärt Stéphanie Zangl: »Die neuen Fernseher sind meist größer, haben eine höhere Auflösung und mehr integrierte Funktionen wie

Beim Stromverbrauch haben Kühlschränke einen sehr schlechten Ruf. Dabei steht der wahre Stromfresser oft im Wohnzimmer.



Foto: Andreas Wolf / Panthermedia.net

Moderne Fernseher sind energiehungriger als mancher Kühlschrank.

DVD-Player. Das alles verbraucht viel Strom.«

Für Verbraucher ist es aber schwer, Stromfresser von sparsamen Geräten zu unterscheiden. Denn bisher gibt es keine einheitlichen Vorgaben, wie die Hersteller den Stromverbrauch messen müssen, kritisiert Zangl. »Deshalb fordern wir für Fernseher ein Energieeffizienzlabel.« Solange es das nicht gibt, sollten sich Verbraucher gut überlegen, ob es wirklich der 40 Zoll-Flachbildfernseher sein muss. Für normale Wohnzimmer ist der ohnehin oft viel zu groß. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Tipps gibt es beim Öko-Institut:

► www.igmetall.de/metalzeitung

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Viele Verlierer und wenig Gewinner

Die soziale Ungleichheit hat Ausmaße angenommen wie noch nie zuvor in der Geschichte Deutschlands. Die Ungerechtigkeit wächst. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich in den vergangenen Jahren immer weiter und weiter. Wo liegen die Ursachen dafür? Ottmar Schreiner, Metalller und SPD-Bundestagsabgeordneter, gibt in der **metallzeitung** Antworten.



Foto: Plambeck / laif

Ottmar Schreiner: »Politik spaltet die Gesellschaft«



Ottmar Schreiner, geboren 1946, Jurist, Metalller, Sozialdemokrat, seit 1980 Mitglied des Bundestags, seit 2000 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Mitglied der Arbeitsgruppe »existenzsichernde Löhne« in der Bundestagsfraktion, seit 2001 Mitglied des SPD-Parteivorstands. Sein jüngstes Buch: »Die Gerechtigkeitslücke«, Propyläen Verlag, 2008, 220 Seiten, 19,30 Euro.

Globalisierung, demographischer Wandel, hohe Lohnnebenkosten: Mit diesen Schlagwörtern wird der soziale Umbau in Deutschland seit fast zehn Jahren gerechtfertigt. Sozialleistungen werden abgebaut, der Arbeitsmarkt dereguliert und flexibilisiert, prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefördert und von den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung gefordert.

Das Ergebnis dieser Strategie: die Spaltung der Gesellschaft in viele Verlierer und wenige Gewinner. Vor wenigen Jahren schien das noch undenkbar. Jetzt reicht die soziale Spaltung weit hinein in das Bildungs- und Rentensystem sowie den Arbeitsmarkt. Der Anteil der Unternehmensgewinne sowie der Vermögenserträge am Volkseinkommen stieg seit 2000 von 27 auf fast 36 Prozent. Im gleichen Umfang sank die Lohnquote. Nie zuvor war die Entwicklung der Lohnquote über einen so langen Zeitraum vergleichbar schwach. Besonders Besorgniserregend: die Ausweitung des Niedriglohnsektors. Nahezu jeder Vierte aller Beschäftigten muss heute zu Niedriglöhnen arbeiten, fast so viele wie in den USA.

Etwa zwei Millionen Arbeitnehmer kommen nur noch auf Stundenlöhne von weniger als fünf Euro. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Hartz-Reformen haben diese Entwicklung noch verstärkt. Jede Arbeit – und sei sie noch so schlecht bezahlt – gilt seitdem als zumutbar.

Die ausgeprägte lange Konsumschwäche hat in der Lohndrückerei ihre wichtigste Ursache. Die Politik muss mit einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn gegensteuern, damit es auch in Branchen mit geringerem gewerk-

schaftlichen Organisationsgrad eine verbindliche Untergrenze gibt. Zudem muss es einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Die schwache Lohnentwicklung und die Renten-»Reformen« seit 2001 haben dazu geführt, dass Deutschland im Vergleich der EU-15-Länder das dritt schlechteste Rentenniveau – gemessen am letzten Arbeitseinkommen – hat. Noch schlechter, nämlich auf dem letzten Platz, stehen die Rentnerinnen und Rentner, die nur ein niedriges Arbeitseinkommen von weniger als 50 Prozent des Durchschnitts erreicht hatten. Die – auch langfristig – einseitige Orientierung am Beitragssatz ist ein Fehler.

Ziel der Rentenpolitik muss sein, dass Menschen, die lange gearbeitet haben, eine Rente erhalten, die sich am erarbeiteten Lebensstandard orientiert und auch bei geringerem Einkommen auf jeden Fall deutlich über der Sozialhilfe liegt.

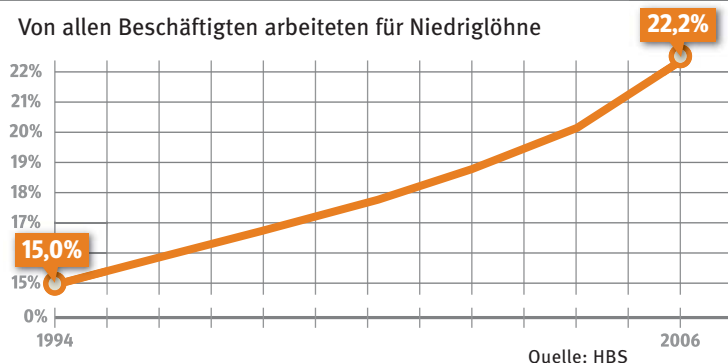
Besonders bedrückend: die Kinderarmut in einem reichen Land. Nach der UNESCO-Definition sind in Deutschland rund 2,5 Millionen Kinder arm oder armutsgefährdet. Betroffen sind insbesondere Kinder von Alleinerziehenden, Kinder aus kinderreichen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund. Sie haben weit schlechtere Bildungschancen. Mehr Geld für junge Menschen ist nötig.

Aber Geld alleine löst das Problem nicht. Erforderlich ist vielmehr ein sehr vielschichtiger, am Kinderwohl orientierter Ansatz in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie in der Steuer- und Finanzpolitik. ■

Ottmar.Schreiner@bundestag.de

Arbeiten für einen Hungerlohn

Von allen Beschäftigten arbeiteten für Niedriglöhne



VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Tariffbewegung

Tarifrunden sind keine »abgehobene« Veranstaltungen von ein paar Funktionären. Die Mitglieder der IG Metall sind von Anfang an beteiligt. Von ihrem Engagement hängt der Erfolg ab.

Wie die Mitglieder ihre Erwartungen einbringen, lässt sich beispielhaft am IG Metall-Bezirk Küste aufzeigen. Seit Monaten wird in den Betrieben diskutiert. Ab Juni haben aktive Metaller in den Betrieben, die »Vertrauensleute«, Fragebögen unter den Mitgliedern verteilt und mit ihnen über ihre Erwartungen geredet. So auch bei Manitowoc, einem Hersteller von hydraulischen Mobilkränen, in Wilhelmshaven. Dort zeigte sich – wie in den meisten anderen Betrieben an der Küste, dass die Mehrheit sechs bis zu acht Prozent mehr Geld will, etliche auch mehr.

Dieses Meinungsbild hat Frank Dierkes, Vertrauensmann bei Manitowoc, mit in die Sitzung der Tariffkommission (TK) genommen. Er ist Mitglied darin. Die TK beschließt die Tarifforderungen. Das, was die Beschäftigten diskutiert haben, ist dabei eine wichtige Orientierung. Dierkes und die anderen 150 TK-Mitglieder sind in der IG Metall vor Ort, den »Verwaltungsstellen«, in Delegiertenver-

sammlungen gewählt worden; diese wurden ihrerseits von den Mitgliedern gewählt. In der TK sind mindestens zwei Metaller pro Verwaltungsstelle vertreten, mindestens einer davon kommt aus einem Betrieb. Die TK bildet aus ihren Reihen die fast 50 Köpfe starke Verhandlungskommission.

Vor der ersten Verhandlung am 6. Oktober startet die IG Metall eine Schnellumfrage in den Belegschaften. Dabei geht es darum, wie sie die wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe und ihre eigene einschätzen. »Während der Tarifrunde in-

formieren wir die Belegschaften laufend mit Flugblättern und diskutieren mit ihnen im Betrieb«, berichtet Dierkes. Viele Mitglieder kommen zum Verhandlungslokal, um den Arbeitgebern mit Aktionen zu zeigen, dass sie für ihre Forderungen kämpfen wollen – und können. Das gewichtigste Mittel für Mitglieder, Einfluss zu nehmen, ist die Teilnahme an Warnstreiks. Sie werden vorher in Mitgliederversammlungen diskutiert und vorbereitet. Kommt es später zum Streik, entscheiden auch darüber die Mitglieder. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Viele Mitglieder sind reich

Zwar verfügt der Steuerzahlerbund über keine zentrale Mitgliederkartei. Dennoch fand die Hans-Böckler-Stiftung durch Befragungen der Verantwortlichen heraus, dass rund **60 Prozent** der Mitglieder Unternehmen oder Mittelständler sind; weitere 15 Prozent sind Freiberufler. Arbeitnehmer, die meisten davon leitende Angestellte, machen nur etwa zehn Prozent der Mitglieder aus. Die Zahlen sprechen für sich.

Gegendarstellung

»In der Ausgabe Nr. 8/2008 berichtet die metallzeitung auf Seite 27 über den Bund der Steuerzahler. In dem Artikel heißt es über mich: »Präsident Karl Heinz Däke bezieht sein Gehalt unter anderem aus einer Kooperation des Bundes mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung.« Diese Aussage ist falsch. Ich beziehe mein Gehalt ausschließlich aus Mitteln des Bundes der Steuerzahler e.V. Berlin, den 18. August 2008 Dr. Karl Heinz Däke«

Die regionalen Tariffkommissionen

Sie sind die (demokratisch gewählten) Vertreter der Belegschaften bei den Tarifverhandlungen. Sie stellen beim IG Metall-Vorstand den Antrag, einen Tarifvertrag zu kündigen. Sie beraten und beschließen die neuen Forderungen. Sie bilden die Verhandlungskommissionen. Und: Sie entscheiden, ob ein Ergebnis angenommen wird. Wenn nicht, stellen sie das Scheitern fest (diese Entscheidung kann sich allerdings auch der Vorstand vorbehalten). Und sie beantragen beim Vorstand eine Urabstimmung und einen Streik.



DAS LETZTE



Als ehrgeiziger Azubi vertieft Kai auch zu Hause die betrieblich vermittelten Ausbildungsinhalte.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Menschenrecht



ALLGEMEINE ERKLÄRUNG
DER MENSCHENRECHTE

ARTIKEL 23

„Jeder, ohne Unterschied,
hat das Recht auf gleichen
Lohn für gleiche Arbeit.“

Artikel 23, Absatz 2

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Arbeit, von der niemand leben kann, ist für viele Menschen ein Problem. Internationaler und Europäischer Metallgewerkschaftsbund haben den **7. Oktober zum internationalen Aktionstag** gegen prekäre Arbeit ausgerufen.

Die IG Metall stellt Leiharbeit in den Mittelpunkt. Die zentrale Veranstaltung mit dem Zweiten Vorsitzenden Detlef Wetzel ist in Hannover. Mehr Infos – auch zur Postkartenaktion – gibt es auf der Kampagnenseite unter:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de